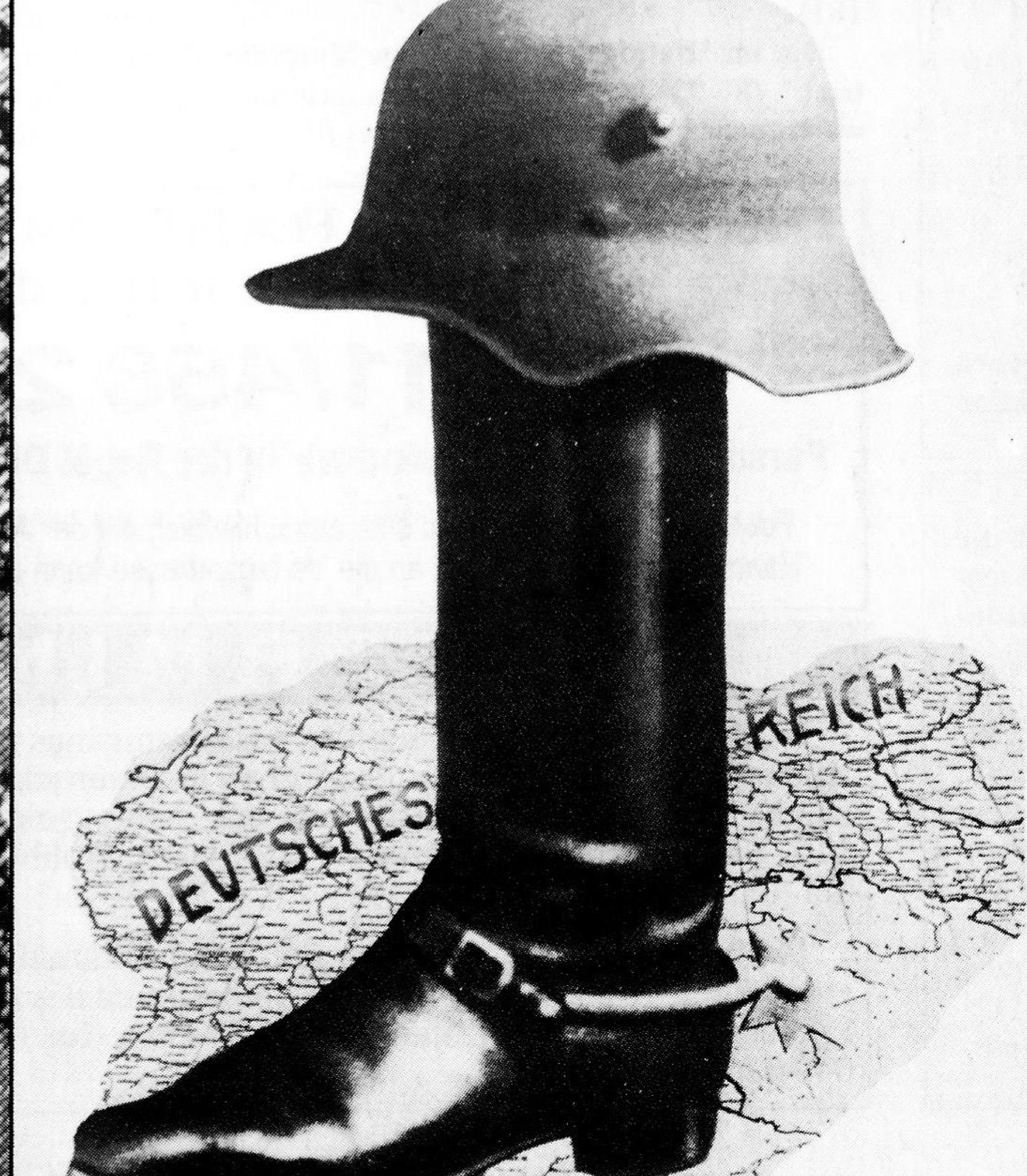
H 8040 F
Nummer 36
Sept./Okt. 1995
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

56 Jahre nach Beginn des 2. Weltkrieges

Vorwärts zu neuen Taten?



In diesem Heft:

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/458 29 04
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Der Rechte Rand erscheint unmittelbar nach verstärkten Aktivitäten der militanten Neonazis, die nach den Verboten einiger ihrer Organisationen dringend ein Erfolgserlebnis brauchten. Nur ansatzweise können wir über die Aufmärsche zum Heß-Todestag bzw. in Diksmuide berichten. Eines allerdings ist deutlich geworden: Der militante Neonazismus ist nach wie vor eine ernstzunehmende Gefahr. Durch die Verbote ist die Größenordnung der Aufmärsche zwar zurückgegangen, aber auf der anderen Seite ist es der zunehmend konspirativ operierenden Szene gelungen, einige Aktionen durchzuführen, die der Öffentlichkeit im Vorfeld verborgen blieben.

Nicht nur durch die Bombenanschläge in Österreich ist die Gefährlichkeit der militanten Neonazis bestätigt worden. Peter Naumann (siehe auch DRR 34), der verurteilte Terrorist offenbarte, wohl um einer weiteren Verurteilung zu entgehen, eine ganze Reihe von Waffen- und Sprengstofflagern. Obwohl er erklärt, als Einzeltäter gehandelt zu haben, wird der Frage nachzugehen sein, inwieweit die Aktivitäten Naumanns symptomatisch für die militante Nazi-Szene sind und darüber hinaus, inwieweit auch ältere Nazi-Strukturen daran beteiligt waren. Immerhin wurden auch in der Vergangenheit von dem politischen Ziehvater Naumanns, Heinz Lemke, in der Lüneburger Heide Waffenlager angelegt (siehe DRR 10). Auch er angeblich ein Einzeltäter!

Heft 37 des Rechten Randes erscheint zum 1. Novemberwochenende. Redaktionsschluß ist am 13. 10. 1995.

Berichtigung

Im Artikel "Aufruf auf Aufruf für eine selbstbewußte Nation" im Rechten Rand Heft 35 hat es eine Namensverwechselung gegeben. Nicht Heimo Schwilk sondern Ulrich Schacht war Referent in der Evangelischen Akademie Loccum.

Leserbrief

Nicht erst nachdem dem ehemaligen Rektor der TH Aachen, Herrn **Schwerte/Schneider**, wegen seiner SS-Funktion das Bundesverdienstkreuz wieder aberkannt wurde, muß man sich wirklich fragen, wieso der Krefelder Unternehmer **Paul Kleinewefers** es bekommen soll. Etwa, weil er zu seiner Vergangenheit im Gegensatz zu Schwerte steht?

In seinem Buch von 1976, "Jahrgang 1905", bekennt sich Kleinewefers offen zu seinem 1932 erfolgten Eintritt in die NSDAP. Im Januar 1932 hatte er zuvor mit maßgeblichen anderen Industriellen Hitler bei seinem berüchtigten Auftritt vor dem Düsseldorfer Industrieclub applaudiert (Seite 65-68).

Seit 1935 war er Fördermitglied der SS (S. 181).

Die im "Nationalsozialistischen Musterbetrieb" (S. 93) gehaltenen "Fremdarbeiter" waren natürlich "ganz zufrieden bei uns" (S. 111). daß die Realität anders aussah, beweist ein Schreiben der Fa. Kleinewefers vom 9.11.42 an die Gestapo: "Die Ostarbeiterin P. hat ... Unruhe gestiftet ... Wir haben (sie) in Einzelarrest genommen. ... Wir bitten Sie, ... die notwendigen Schritte zu unternehmen." (siehe Faksimilé, nachzulesen im NS-Dokumentationszentrum Villa Merländer, Krefeld)

Bis Mitte 1944 hielt P. Kleinewefers Durchhaltereden. "Die Moral des Volkes sollte gefestigt werden." (S. 129) Er selbst war "als Betriebsführer eines Rüstungsbetriebs automatisch UK gestellt." (S. 101)

Bis Anfang 1945 produzierte seine Firma U-Bootteile für die Kriegsmarine.

Für diese "Verdienste" hatte er sicher das eiserne Kreuz der Nazis verdient. In welcher Tradition steht das Bundesverdienstkreuz?

Lothar W.
Krefelder Arbeitskreis Antifaschismus

DER RECHTE RAND hat einen neuen Telefonanschluß

0511/458 29 04

Persönlich erreichbar sind wir in der Regel Dienstags von 18 bis 21 Uhr

Post an den Rechten Rand bitte ausschließlich mit der Adresse Postfach 1324 in 30013 Hannover versenden. Post an die Verlagsadresse kann uns wesentlich später erreichen!

TERMINE

25.-29.09.1995 Organisierter Rechtsextremismus in Niedersachsen, Seminar der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben in Braunschweig. Das als Bildungsurlaub anerkannte Seminar wird von Raimund Hethey geleitet. TeilnehmerInnenbeitrag: 110,-DM. Anmeldung bei Arbeit und Leben, Bohlweg 55, 38100 Braunschweig, Tel. 0531/17044

14.09.1995 AntifaschistInnen und AntimilitaristInnen aus Ostfriesland planen eine Aktion gegen einen "Großen Zapfenstreich des ABC-Abwehrbatallions 110 in Emden. Kontakt: Antimilitaristisches Bündnis; Tel. 04921/994150; 04931/992336; 04941/62182

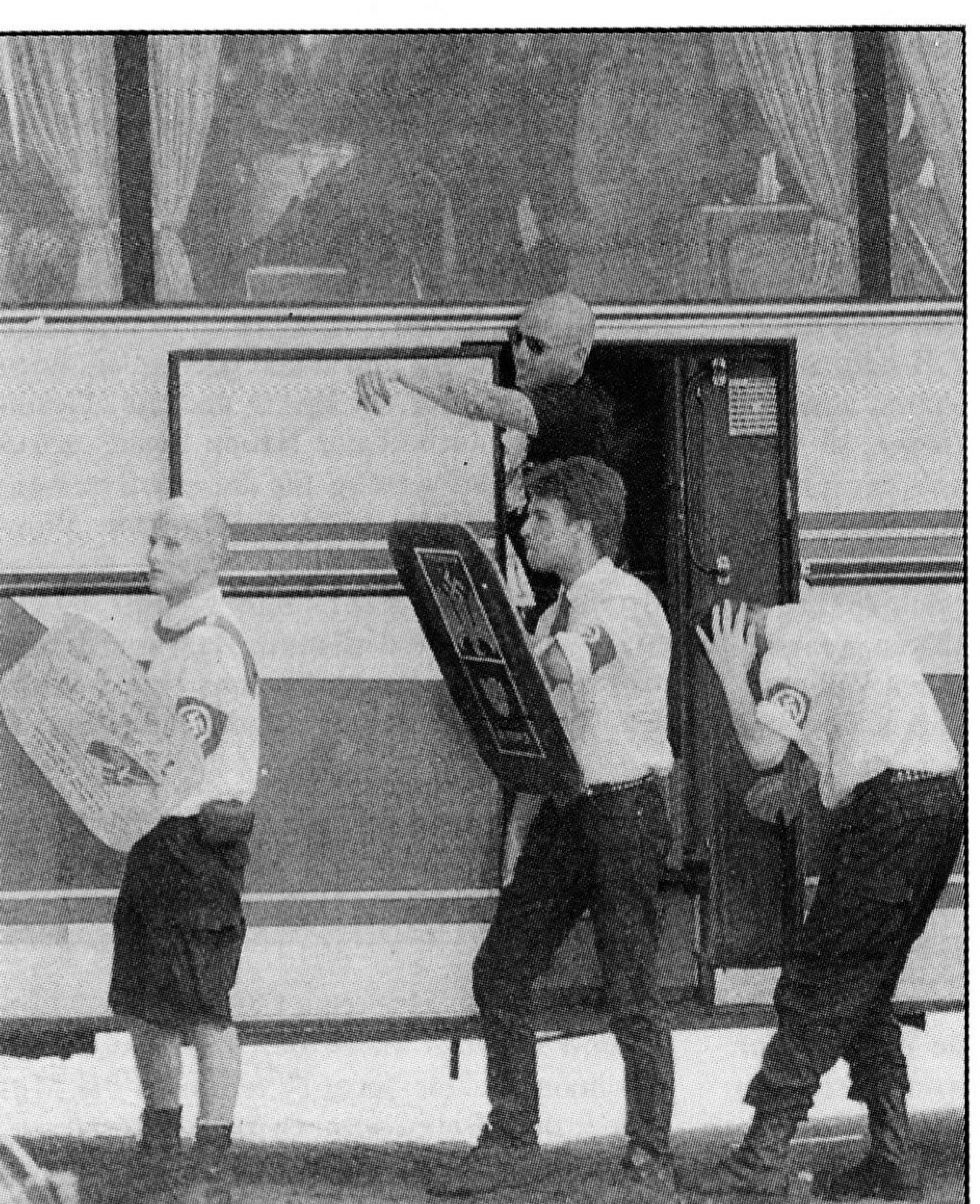
Frank Schrader

Internationales Nazitreffen in Dänemark

Demonstration gegen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch"

„HESS-lich!" - so kommentierte Ekstra Bladet, eine der größten Tageszeitungen in Dänemark, in ihrer Überschrift auf der Vorderseite einen internationalen Neonazi-Aufmarsch.

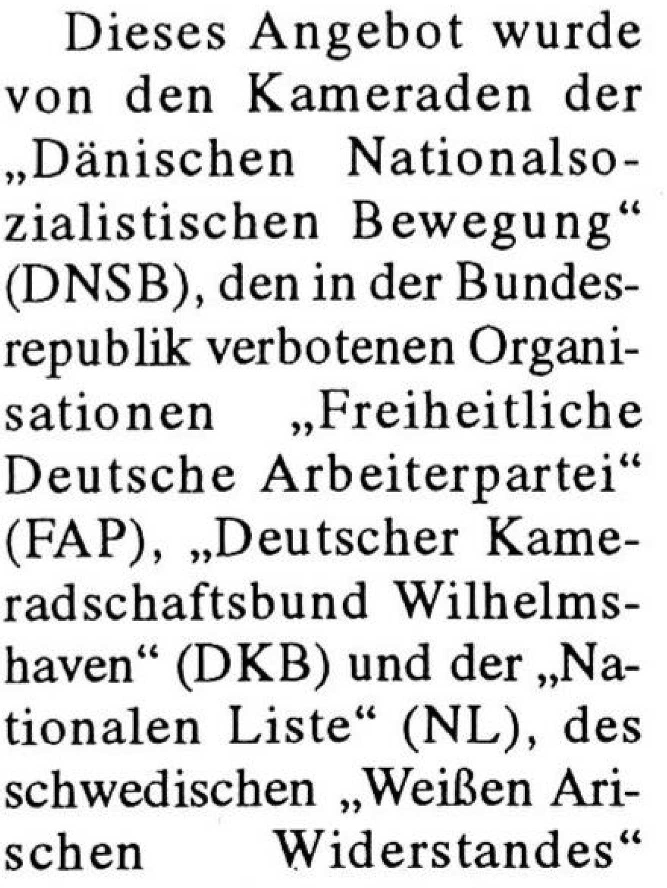
Rund 150 Neonazis aus Dänemark, der Bundesrepublik, Schweden, England und Norwegen, demonstrierten am 19.August in der Kleinstadt Roskilde (50.000 Einwohner), 30 Kilometer von der dänischen Hauptstadt Kopenhagen entfernt. Anlaß war der 8.Todestag des 93jährigen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, der am 17. August 1987 im Kriegsverbrechergefägnis in Berlin-Spandau seinem Leben ein Ende setzte. Der Tod von Heß, der



Keinen Fußbreit den Faschisten! Antifaschisten und aufgebrachte Bürger vertreiben die Nazis

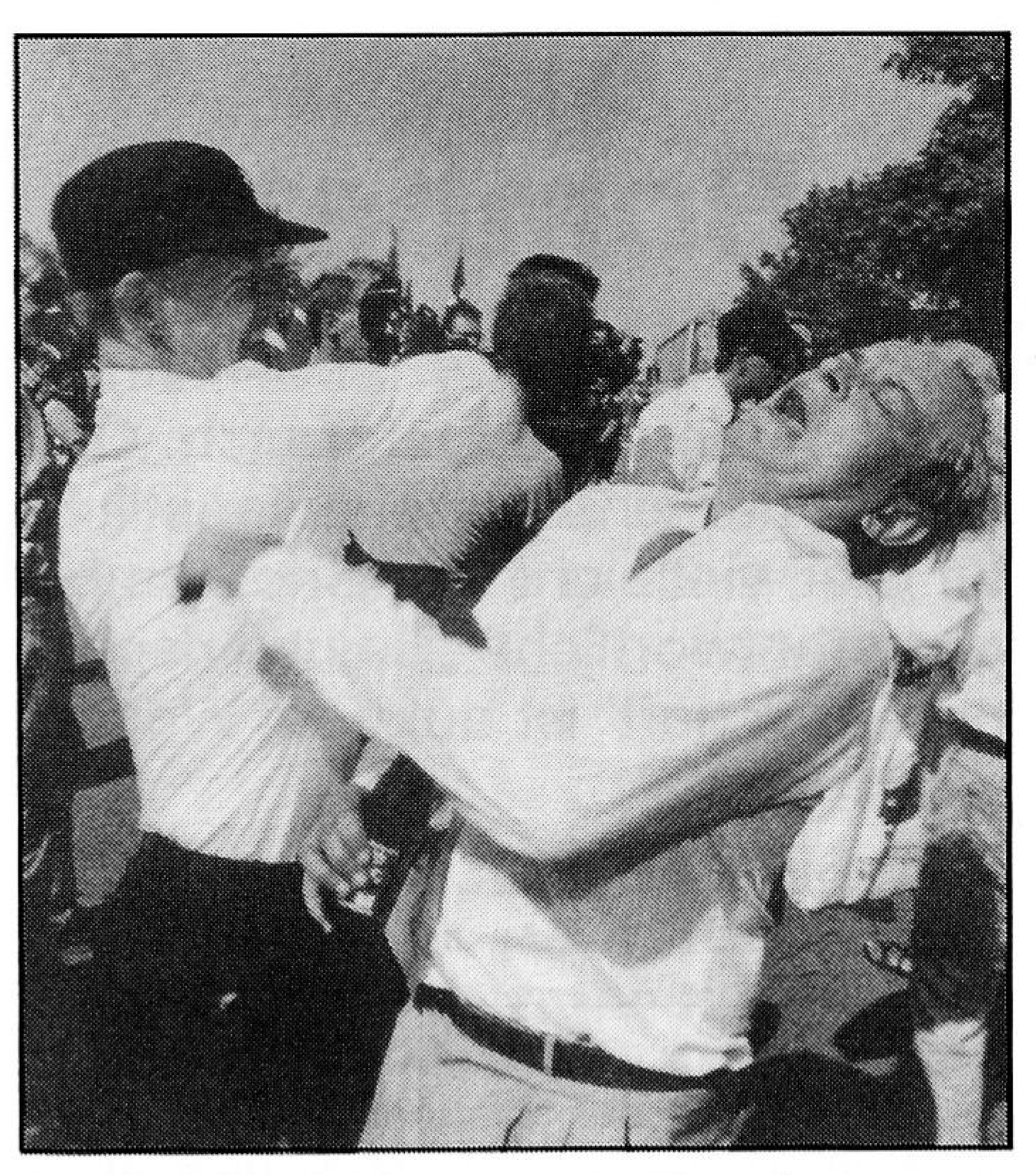
nach neonazistischer Auffassung vom britischen Geheimdienst ermordet wurde, ist seitdem ein Symboldatum der braunen Szene und bietet Anlaß für zahlreiche Aktivitäten. Zentraler Schwerpunkt bildet der alljährlich stattfindende „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch", der erstmals im letzten Jahr im Ausland, in Luxemburg, durchgeführt wurde, nachdem Demonstrationen anläßlich des Heß-Todes von den bundesdeutschen Behörden regelmäßig verboten werden.

Veranstaltet wurde der diesjährige Gedenkmarsch von der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB). In einem Flugblatt, das in deutscher und englischer Sprache zum Aufmarsch mobilisierte, war zu lesen (Fehler im Original): „Da es uns leider nicht möglich ist, an der Stätte des Grabes von Rudolf Heß zu trauern, ja es ist uns nicht einmal möglich in Deutschland frei eine Versammlung abzhalten, müssen wir alle gemeinsam einen ebensolchen Gedenkmarsch eben im Ausland abhalten. Wir alle müssen erscheinen, denn es muß wieder Einheit und Stärke demonstriert werden. Deshalb: alle Nationalen, alle die Glauben, Deutschland trägt nicht die alleinige Schuld am Krieg. alle, die in Rudolf Hess einen Kämpfer für den Frieden sehen alle, die die Ermordung von Rudolf Hess für Verabscheuungswürdig halten", sind zur Demonstration aufgerufen. Abschließend ist in dem DNSB-Flugblatt zu lesen: „Kommt alle, überwindet Trennendes, es geht um Ehre und Gerechtigkeit für die weiße Rasse." Wichtig war den dänischen Kameraden der Hinweis, daß in ihrem Land lediglich der Aufruf zum Rassenhaß verboten ist. Erlaubt seien dagegen, wie im Flugblatt hervorgehoben wird, „alle Symbole und Uniformen".



Dieses Angebot wurde von den Kameraden der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB), den in der Bundesrepublik verbotenen Organisationen „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP), „Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven" (DKB) und der „Nationalen Liste" (NL), des schwedischen „Weißen Arischen Widerstandes" (VAM), der britischen Anti-Antifa-Gruppe „Combat 18" und norwegischen Neonazis auch wahrgenommen. In Phantasiuniformen, geschmückt mit Hakenkreuzen und SS-Armbinden, marschierten die Neonazis, darunter die bundesdeutschen Recken **Friedhelm Busse** (FAP), **Christian Worch** (NL), **Thomas Wulff** (NL), **Thorsten de Vries** (DKB) und **Bernd Stehmann** („Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front") auf.

Anlaufstelle der per Bahn und mit Autos angereisten Neonazis war das DNSB-Hauptquartier in Greve, einem Nachbarstädtchen von Roskilde. Dort residiert die von **Jonni Hansen** geführte DNSB in einem bunkermäßig verbarrikadierten Anwesen, von den Kameraden bezeichnenderweise „SA-Haus" genannt.



Neonazis attackieren protestierende dänische Bürger



Die Attacke dauerte nicht lange - die Nazis müssen zurückweichen

Zuletzt wurde von der DNSB im April in Roskilde demonstriert. Lautstark forderten die dänischen Neonazis die Freiheit von **Garry Lauck**, dem Führer der US-amerikanischen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands-und Aufbauorganisation" (NSDAP/AO), der in Roskilde inhaftiert war. Im Vorfeld der Heß-Demonstration wurde Lauck nach Kopenhagen verlegt. Eine Presseerklärung der dänischen Neonazis nach der Demo wurde auch in das bundesdeutsche Thule-Netz, einem Verbund von neonazistischen Mailboxen, eingespeist.

Gegen den internationalen Neonazi-Spuk nahmen am 19. August rund 2.000 Menschen an einer Kundgebung in Roskilde teil. Aufgerufen zum Protest gegen den Hess-Marsch hatte das Antirassistische Netzwerk, das sich aus gewerkschaftlichen Kreisen, verschiedenen linken politischen Gruppen und antifaschistischen Initiativen zusammensetzt. Die Gegendemonstranten sorgten schließlich dafür, daß der Marsch der Ewiggstrigen schon nach kurzer Zeit abgebrochen werden mußte und die ausländischen Neonazis noch am gleichen Tage ihre Heimreise antraten. 60 AntifaschistInnen wurden von der dänischen Polizei festgenommen.

Peter Gröger

Bomben aus Österreich

Viele Spekulationen aber keine Antworten zu den Hintergründen der Briefbomben aus Österreich. Ob nun Neonazis, rechtsradikale Akademiker oder eine geheimdienstliche Verschwörung dahinterstecken - die für drei, vielleicht vier Briefbombenserien und andere Bombenanschläge verantwortliche „Bajuwarische Befreiungsarmee - Salzburger Eidgenossenschaft" ist auf dem Weg, den starken Staat in Österreich herbeizubomben.

Großer Lauschangriff und Rasterfahndung sind in Österreich längst keine Fremdworte mehr. Weil die österreichische Polizei nach langem Zögern umfangreiche Ermittlungen auch in Kreisen der „Nationalkonservativen" anstellte, spekulieren rechte Saubermänner nun auch über Linke als mögliche Hintermänner der Bombenserien.

So zum Beispiel der frühere Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift „Sieg" **Walter Ochensberger**, der in seinem neuen Zeitungsprojekt „Top Secret - Hintergrundnachrichten für den kritisch denkenden Staatsbürger" ein Bekennerschreiben der „Bajuwarischen Befreiungsarmee" dokumentiert und es als Fälschung bezeichnet, weil sich Rechte so nicht äußern würden. Außerdem würde der verwendete Sprengstoff eher auf die deutsche RAF oder Geheimdienstkreise schließen lassen. Namentlich benennt er den Journalisten und Autor Wolfgang Purtscheller, der aufgrund seiner Veröffentlichungen zur Zielscheibe Nr.1 aller österreichischen Rechten geworden ist und mehrfach mit dem Tode bedroht wurde.

Ähnlich argumentieren verschiedene Autoren der in Potsdam ansässigen „Jungen Freiheit", allen voran deren Österreichkorrespondenten **Andreas Mölzer** und **Jürgen Hatzenbichler**. Die „Junge Freiheit" stellt vor allen Dingen die Frage „wem nützt es?" und analysiert, daß die „Strategie der Spannung (...) ganz wesentlich von linken und linksextremistischen Kräften betrieben (wird), die in den Anschlägen die Möglichkeit zur Instrumentalisierung erkannten". Hatzenbichler sieht in der im März diesen Jahres erfolgten Beschlagnahme der Abonnentenkartei der Zeitschrift „Aula" der „Arbeitsgemeinschaft der Freiheitlichen Akademikerverbände Österreich" die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem antifaschistischen „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes" und der Österreichischen Staatspolizei: „Daß die politische Polizei so handelt, wie es ein Privatverein will, dem zumindest der Geruch des Linksextremismus anhaftet, ist mehr als ein Skandal." (JF Nr.12/95)

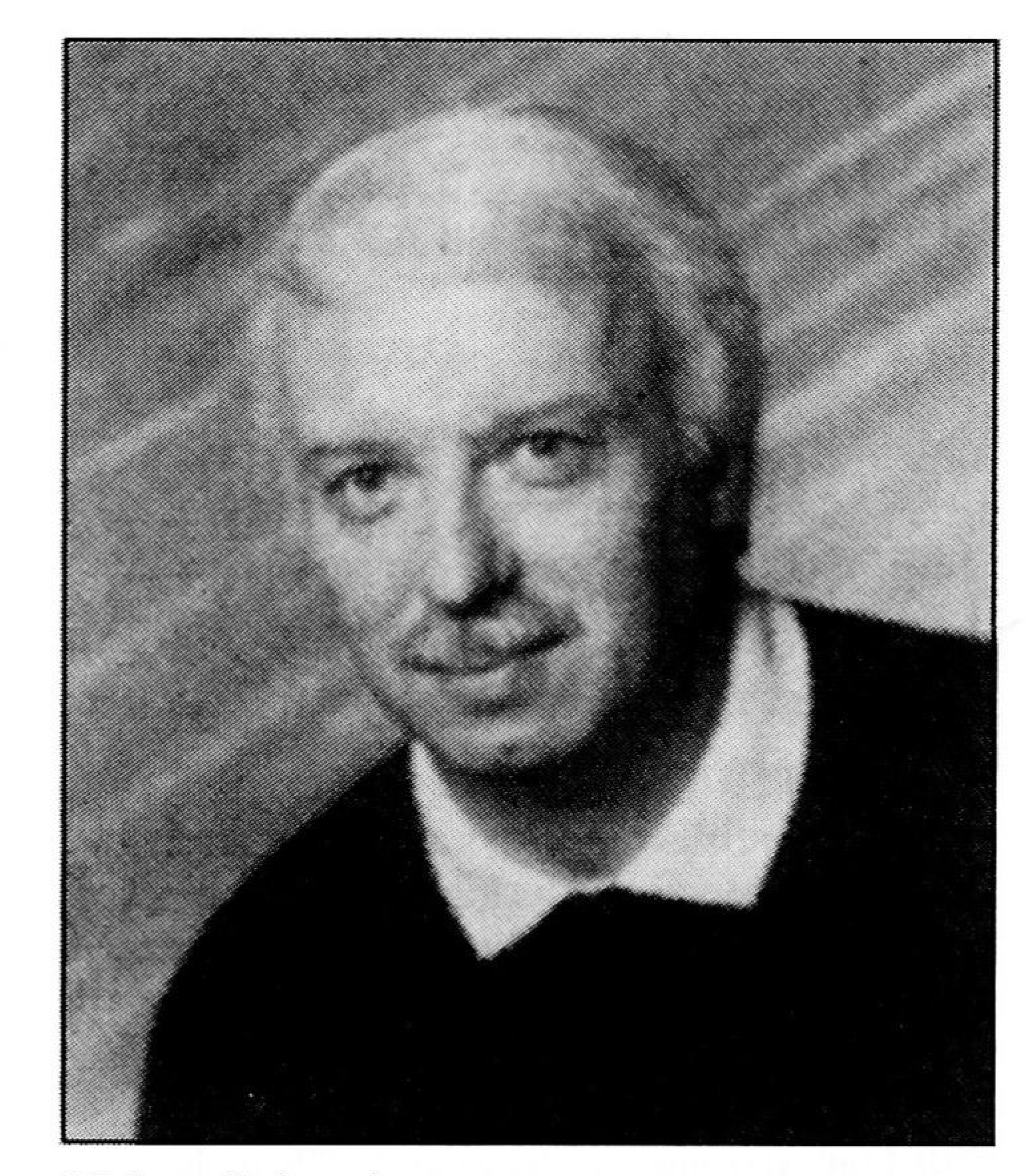
Die Abonnentenkartei der „Aula" war deshalb für die Staatspolizei so interessant, weil bei den Ermittlungen wegen des Sprengfallenanschlages in Oberwart/Burgenland, der vier Roma das Leben kostete, Verdachtsmomente auf Bezieher der „Aula" fielen. Im Durchsuchungsbefehl heißt es, daß „die Täterschaft in akademischen Kreisen, möglicherweise in einer Burschenschaft, zu suchen ist und diejenigen Personen Bezieher der 'Aula' sind. (...) Im Zuge der Ermittlungen (...) wurde festgestellt, daß die Verfasser der Bekennerschreiben wesentliche Elemente aus der Zeitschrift 'Aula' entnommen haben dürften."

Andreas Mölzer stellt in seinem Artikel „Bombenargumente für Jedermann" (JF Nr.25/95) fest, daß es „zweitrangig" sei, ob „der Terror (...) wirklich rechtsextremistischer Terror ist und die Täter wirklich aus rechtsextremistischen Kreisen kommen". Er wittert Geheimdienste: „Ein innerer Zusammenhang dieses angeblich, vielleicht sogar als irreleitende Fassade getürkten, 'rechtsextremen Terrors' mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa und der neuen rechtsintellektuellen Herausforderung steht aber außer Frage. (...) Der Terror der 70er Jahre war ein linksextremer, der sich in der Übersteigerung eines linken Zeitgeistes legitimierte. Und wenn die CIA, der KGB oder andere Geheimdienste aus irgendwelchen sinistren Gründen Terroranschläge fingierten, so wußte man ihn hinter dieser linksextremistischen Fassade zu verstecken. Der Terror des ausgehenden 20. Jahrhunderts im deutschsprachigen Mitteleuropa legitimiert sich folgerichtig an Versatzstücken des identitären, neurechten Denkens, die er in xenophoben Wahnsinn und rassistischen Phantasmagorien übersteigert - und dies womöglich auch als Fassade zwecks Desinformation."

Bomben für Küssel?

Während die österreichische Polizei nach der ersten Briefbombenserie vom Dezember 1993 die Täter zuerst unter Serben oder Bosniern und dann im Rotlichtmillieu suchte, war für Antifaschisten sehr schnell klar, daß die deutsch-österreichische Verbindung von Neonazis die Verantwortung für die Bomben trägt. Anläßlich der Verurteilung des Führers der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO) **Gottfried Küssel** zu 10 Jahren Haft war solch ein Racheakt naheliegend. Zumal das VAPO-Mitglied **Peter Binder** kurz nach der Anschlagserie an der tschechischen Grenze mit Waffen und Sprengstoff im Auto festgenommen wurde. Augenscheinlich war er auf dem Weg zu seinem Berliner Gesinnungsgenossen **Arnulf Priem**, der ebenfalls mit dem Verschicken der Briefbomben in Verbindung gebracht wurde. Bei anschließenden Hausdurchsuchungen in Wohnungen Binders wurden neben einem umfangreichen Waffenlager Bestandteile der gleichen Art gefunden, wie sie auch beim Bau der Briefbomben verwandt wurden.

Knapp zwei Wochen nach Beginn der ersten Briefbombenserie wurde die Wohnung von **Franz Radl junior** und senior durchsucht. **Franz Radl senior**, Chemotechniker und einst Pächter eines Kiosks, der faschistische Zeitungen vertrieb, kam bald darauf wieder auf freien Fuß, aber bei seinem Sohn Franz Radl junior fand sich ein Zettel mit dem Schema der Bombenkonstruktion. Radl junior und Peter Binder sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Aber ob sie und damit die hinter ihnen stehende Struktur der VAPO und die „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" wirklich die Verantwortung für die Briefbombenserien und die anderen Anschläge der „Bajuwarischen Befreiungsarmee" tragen, wird im Moment immer mehr angezweifelt. Nicht angezweifelt werden muß, daß aus diesen neonazistischen Kreisen heraus eine bewaffnete Untergrundstruktur aufgebaut worden ist.



Walter Ochensberger

Volkstum - Christentum - Österreich

Die Autoren Hubertus Czernin, Wolf Lotter und Thomas Vasek des österreichischen Wochenmagazins "profil" vermuten die Mitglieder der „Bajuwarischen Befreiungsarmee" (BBA) in einer ganz anderen Ecke. In einem 28-seitigen, mit vielen Details versehenen Brief, der einen Tag vor den Attentaten auf die „Pro 7"-Moderatorin Arabella Kiesbauer und auf ein Linzer Ehevermittlungsinstitut dem Anwalt von Peter Binder zugestellt worden war, behauptet die BBA: „Weder Binder noch Radl sind auch nur im geringsten involviert." Folgende Zitate stammen aus dem Artikel „Das Phantom des Abendlandes in "profil" Nr.25/95:

„Mehrfach hatte die BBA auf 'unterdrückte' Bekennerschreiben zur ersten Serie vom Dezember 1993 verwiesen. Seit dem Bekennerschreiben zur Klagenfurter Rohrbombe vom August 1994 (...) versucht die Terrorgruppe auch die zehn Briefbomben vom Dezember 1993 für sich zu reklamieren und die Angeklagten Peter Binder und Franz Radl jun. zu entlasten. (...)"

Die profil-Autoren untersuchten die Bekennerschreiben: „Viele klassische Feindbilder

von Rechtsextremisten und Neonazis fehlen: Nicht gegen die 'jüdische Weltverschwörung' kämpft die 'Bajuwarische Befreiungsarmee', auch wird nirgendwo in den Bekennerbriefen der Holocaust geleugnet. (...) Vordergründig bomben die Terroristen gegen die 'Ausländerflut' und gegen ethnische Minderheiten: Die Klagenfurter Rohrbombe vom August 1994 war gegen eine zweisprachige Volksschule gerichtet, die vier Briefbomben vom Oktober gegen Ausländerberatungsstellen, die Halleiner Papierfabrik und den slowenischen Verleger Lojze Wieser. Die Rohrbombe von Oberwart tötete vier Roma, der gleichzeitig in Stinatz hinterlegte Sprengsatz war in der Nähe eines kroatischen Kindergartens plaziert.

Aber nicht bloß Ressentiment treibt die "Bajuwaren" an, sondern eine Vision, die sie aus dem Fundus historischer Interpretationen beziehen: Deutschösterreich als 'Stammgebiet der Bajuwaren' soll zurückerobert und 'ethnisch gesäubert' werden. Nichts paßt da zu jungen Neonazis vom Schlage Schimanek juniors. *(**Hans-Jörg Schimanek jun.** wurde im vergangenen Frühjahr wegen Betätigung für eine nationalsozialistische Organisation zu 15 Jahren verurteilt; P.G.)* Da dürften ältere, politisch schwer frustrierte Semester mit im Spiel sein, Herren, die sich sonst vielleicht in einer eher bürgerlichen Kulisse bewegen; Techniker, denen es geradezu Spaß macht, mit ihren mörderischen Fähigkeiten zu renommieren. (...)

Schon die Namensgebung läßt auf konzeptionelles Denken schließen, wie schräg es auch sein mag. Tatsächlich ist der seltsame Doppelname der Gruppe, 'Bajuwarische Befreiungsarmee' und 'Salzburger Eidgenossenschaft' aller Wahrscheinlichkeit nach eine Eigenkreation. Die 'Bajuwarische Befreiungsarmee', das sind jene Bayern, die im 6. und 7. Jahrhundert weite Teile Österreichs kolonialisierten. Die 'Salzburger Eidgenossenschaft' knüpft an die Rolle der Salzburger Kirche bei der bajuwarischen Landnahme an. Das Erzbistum Salzburg, auf das auch das jüngste Bekennerschreiben Bezug nimmt, verfaßte eine Art 'Weißbuch' über die Bekehrung der Slawen durch die eindringenden Bajuwaren.

(...) ... steckt hinter der Terrorgruppe auch katholischer Ungeist, falsch verstandener autoritärer Katholizismus? (...) 'In diesem Land', heißt es zum Schluß des Bekennerbriefs an Rechtsanwalt Mayen 'sind Personen willkommen, die aussehen wie wir, die beten wie wir und die sprechen wie wir.' Beten wie wir? Christliche Neonazis, Rechtsextremisten, die das Gebet mit Aussehen und Sprache gleichsetzen, das ist neu und widerspricht den gängigen Theorien. (...)



Tatverdächtiger Bombenleger: Franz Radl jun.

Volkstum - Christentum - Österreich als Bollwerk gegen den Untergang des Abendlandes. Hier wird Geschichte geklittert, hier spricht der Geist der schlagenden Burschenschaften, der romantische Nationalstaatsgedanke, so wie er im Titel eines 1936 vom Germanisten **Josef Nadler** und vom Historiker **Heinrich von Srbik** herausgegebenen Buch festgehalten ist: 'Österreich - Erbe und Sendung im deutschen Raum.' Österreich als deutsch-katholisches Land, antiliberal und gegenreformatorisch.

Auf ausländerfeindliches Ressentiment läßt sich das Projekt der 'Bajuwarischen Befreiungsarmee' nicht reduzieren, auf neonazistisches Gedankengut schon gar nicht. Vieles spricht dafür, daß die BBA mit den gängigen Vorstellungen von Rechtsextremismus im Hinterkopf nicht zu fassen und schon gar nicht zu ergreifen ist."

Chronologie des (Brief-)Bombenterrors

1.Briefbombenserie

3.12.1993: In Hartberg wird Flüchtlingspfarrer Janisch schwer verletzt, in Wien die ORF-Moderatorin Silvana Meixner.
4.12.1993: Briefbombe an Caritas-Präsident Schiller wird abgefangen.
5.12.1993: Wiens Bürgermeister Zilk wird schwer verletzt, zwei weitere Briefbomben an die Grüne Klubobfrau Petrovich und den Obmann des Slowenischen Kulturvereins in Bad Radkersburg werden abgefangen.
6.12.1993: In einer Wiener Rechtsanwaltskanzlei wird eine Sekretärin verletzt, drei weitere Sprengsätze an Ministerin Dohnal, Grünen-Abgeordnete Stoisits und die Arge Ausländerbeschäftigung werden entschärft.

Bombenanschlag

24.8.1994: Rohrbombe für eine deutsch-slowenische Volksschule in Klagenfurt; beim Entschärfen werden einem Sprengstoffspezialisten der Polizei beide Unterarme abgerissen.

2.Briefbombenserie

4.10.1994: Beim Klagenfurter Wieser-Verlag und bei der Ausländerberatungsstelle in Dornbirn tauchen zwei Briefbomben auf, die aber nicht detonieren.
5.10.1994: Die Hallein Papier AG erhält ebenfalls eine Briefbombe, die nicht explodiert.
6.10.1994: Die vierte Briefbombe 1994 geht an Stift Wilten bei Innsbruck; sie detoniert ebenfalls nicht.

Bombenanschläge

5.2.1995: Als vier Roma am Rande ihrer Siedlung in Oberwart versuchen eine Tafel mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien" zu entfernen, explodiert eine vermutlich mit einem Erschütterungszünder versehene Rohrbombe; die vier Männer werden getötet. Am selben Tag explodiert etwa 20 Kilometer entfernt, in Stinatz, das vor allem von der kroatischen Minderheit bewohnt wird, eine weitere Bombe. Einem Müllarbeiter wird die Hand zerfetzt.

3.Briefbombenserie

9.6.1995: Zwei Briefbomben gehen bei einer Ehevermittlungsagentur für Ausländer in Linz und bei der Redaktion „Arabella" von Pro 7 in München ein und explodieren - zwei Verletzte.
13.6.1995: Briefbombe für den stellvertretenden Bürgermeister von Lübeck. Sie explodiert in den Händen des SPD-Fraktionsgeschäftsführers Thomas Rother und verletzt ihn schwer.

Die Zeitung „Junge Welt" vom 15.6.95 berichtet, daß Vertreter von drei in Rumänien angesiedelten Minderheiten bereits Anfang Juni 1995 in Österreich abgesandte Paketbombenattrappen erhalten haben.

Ochensberger wieder aktiv

Walter Ochensberger, Kopf einer „Initiative kritisch denkender Staatsbürger", setzt sich nach seiner Haftentlassung (Februar) nunmehr an die Spitze publizistischer und organisatorischer Drahtzieher im österreichischen Rechtsextremismus. In den letzten Wochen wurden von ihm eine „Nationalfreiheitliche Gefangenenhilfe" (Sitz: Lochau), eine „Nationalfreiheitliche Projekt-und Ideenwerkstatt" (Sitz: Wolfurt) sowie ein „Nationalfreiheitliches Pressearchiv" (Sitz: Sibratsgfäll) ins Leben gerufen. Eine Neugründung ist auch die Postille „Top Secret" (Untertitel: „Hintergrundnachrichten für den kritisch denkenden Staatsbürger"). In dem professionell gestalteten Blatt (Sitz: Wolfurt) wird in der Erstausgabe über eine „Moassad-BND-Stasi-Connection" geschwafelt. Bejammert wird von Ochensberger, daß das Konto seiner Frau in Bregenz gekündigt worden sei. Dies sei, so der notorische Neonazi, „Sippenhaftung". Ochensberger abschließend: „Den Mächtigen im Land Paroli bieten und der allgegenwärtigen (politischen) Manipulation mit Beherztheit entgegenzutreten, ist das augenblickliche Gebot der Stunde."

Olaf Goebel

NF - Kaderschulung per Post

Seit einigen Monaten versenden die Strukturen der NF (Nationalistische Front) Material zur Schulung ihrer alten und potentiell neuen Kader. Über einen "Postbus" im holländischen Arnhem können für teures Geld Schulungsmaterialien bestellt werden. Versandt wird dann aus Deutschland mit fingierten deutschen Absendern. 83,-DM muß ein Kamerad berappen, dann bekommt er den an ihn persönlich adressierten Nachnahmeumschlag ausgehändigt.

Die NF will sicher sein, daß das Geld bei ihr ankommt, wie sonst soll die Struktur finanziell aufrecht erhalten werden? Gekauft hat der Kamerad für viel Geld einige achtseitige DIN A5 Hefte mit dem hochtrabenden Titel "Lebensborn - Leitheft für Deutsche Ordnung". Die Kopien errinnern vom Layout stark an **Meinolf Schönborns** "Bericht zur Lage" und behandeln je Heft ein Thema. Auf der letzten Seite enthalten sie "Leitgedanken", die der Kamerad auswendig zu lernen hat. Vermittelt wird Theorie: "Was ist Deutsch", "Vorbilder" etc. und Praxis: "Der Gruppenabend", "Befehl und Gehorsam", "Leibeserziehung" usw.

Bei der Erstbestellung wird ein Grundsatzpaket mit 6 Schulungsheftchen und einigen Flugblättern dem Interessierten zugesandt. In unregelmäßigen Abständen wird die weitere Zusendung von 18 Schulungsheftchen versprochen, incl. des "WEGWEISERHEFT".

Doch auch ohne dieses "WEGWEISERHEFT" wird deutlich formuliert, um was es den "Reichstreuen" (Eigenbezeichnung) geht: "Unsere Weltanschauung heißt Deutschland und unser Ziel heißt Macht!".

Der Empfänger wird mit dieser Schrift direkt angesprochen und als Kämpfer bezeichnet. Mit der Bestellung habe er sich entschieden zu kämpfen und wird mit den Schulungsmaterialien auf seinen Einsatz vorbereitet. Gelehrt werden die Grundlagen konspirativer Verhaltensweisen: Schulungstreffen haben außerhalb der Öffentlichkeit, am besten in Wohnungen oder Hinterzimmern stattzufinden; Termine dürfen nicht am Telefon ausgemacht werden etc. Außerdem wird dem "Kämpfer" die Hierarchie der Organisation eingetrichtert. Jeder zu bildenden (Schulungs-) Zelle hat ein Chef vorzusitzen. Ihm obliegt es, die Diskussion zu führen und das Wort zu erteilen. Natürlich hat er bei Regelverstößen auch das Recht, Strafen zu erteilen. Vorgeschlagen werden Liegestütze für leichte Verstöße, 10 km Marsch mit 30 kg Gepäck für mittlere und Spießrutenlauf, Degradierung und Ächtung bei schweren Ordnungsverstößen.

Insgesamt wird dem Besteller vermittelt, daß er sich auf eine große Aufgabe vorbereitet und jetzt unauffällig zu sein hat. Er soll mit seiner "deutschen" Meinung nicht auffallen und diese in der Schule oder auf dem Arbeitsplatz geheim halten. Er darf sich nur dem offenbaren, der ein Kamerad ist und soll nicht über seine Aufgabe reden. Seine Kleidung hat ordentlich deutsch zu sein, aber er soll keine Uniform tragen. Er selber soll ein gepflegtes Erscheinungsbild haben, sich mit deutscher Kultur beschäftigen, in Museen gehen, Lessing, Goethe, Kleist und die EDDA lesen. Besonders empfohlen wird auch "Die Germania" und "Die Nibelungensage" als deutsche Pflichtlektüre. Die Musik, die der werdende "Kämpfer" zu hören hat, ist "Die Zauberflöte", "Die Brandenburgischen Konzerte", sowie Walzer und natürlich Märsche aller Art.

Der zukünftige Kamerad hat sich vor schlechtem Umgang ("Alkoholikern, Drogenabhängigen, Kiffern, Gewalttätern, Sexsüchtigen, also Volkschädlingen") zu hüten, gute Noten zu schreiben und immer Vorbild zu sein. In ihm stecke die Zukunft Deutschlands, wird er belehrt, denn "ein artreiner Geist ist ein Vorbild göttlicher Gegebenheit!".

Unbedingt wird empfohlen, sich von kämpferischen Auseinandersetzungen fernzuhalten, denn er hat erst auf seinen Einsatzbefehl zu warten. Hinter diesem Gedanken steht das neue Zellenkonzept der (militanten) Neonaziszene, die vor allem festgestellt hat, daß sich viele Kader in legalen Strukturen bekannt und angreifbar gemacht haben. Die neuen "Kämpfer" sollen unbekannt bleiben und so im Untergrundkampf besser verwendbar sein.

Mitgeliefert in dem Paket wird auch die "Deutsche Grundsatzerklärung", wo in altbekannter Manier die Positionen der NF in neuer Form unters (deutsche) Volk gebracht werden. Interessant ist der Untertitel "Unser Neuanfang" und das "Artbekenntnis" auf der letzten Seite. Das Bekenntnis ist mit dem Zeichen "Irminsul" der "Artgemeinschaft" von dem Hamburger Nazianwalt **Jürgen Rieger** unterlegt. Das ist bestimmt kein Zufall, denn dieses Zeichen ist gesetzlich geschützt durch die "Artgemeinschaft" und ohne Einwilligung nicht verwendet werden darf.

Bei dem NF-Projekt handelt es sich um die Fortführung des lang vorbereiteten Aufbaus von Kaderstrukturen durch Parteien wie der NO (Nationale Offensive) und der NF. Von einem Neuanfang kann keine Rede sein. Der NF-Chef Meinolf Schönborn hatte nach dem Verbot seiner Partei sein faschistisches Werk ohne Pause vorangetrieben. Spenden flossen über den FJD (Förderkreis Junges Deutschland), den Klartext-Versand (der sich mittlerweile "Haithabu" nennt) und den PVK (Propagandaverteilkreis). Das Verbot verschiedener Naziorganisationen hat innerhalb der Szene zu einer Art Selbstreinigung geführt. Übrig blieben nur die "wahren Kämpfer" in den nun illegalen Organisationen. Dazu kommen die, die mit Schulungsmaterial und Seminaren an die Strukturen herangeführt werden. Man hat beschlossen, sich "nicht mehr mit erfolglosen Wahlkämpfen" herumzuärgern, sondern will "eine starke und mächtige Organisation gestalten, ... , an der niemand mehr vorbeiregieren kann!". Wenn man aufmerksam die Schulungsunterlagen liest, wird schnell klar, wie das gemeint ist. Grundelemente sind "Leibeserziehung" und "Befehl und Gehorsam", denn "So wie aus einem kleinen Bach ein reißender Fluß werden kann, so kann aus einem einzelnen Mann eine große Armee werden!".

Die Schulung dient der inhaltlichen und disziplinierten Vorbereitung auf den Untergrundkampf. Jürgen Rieger kündigte nach dem Parteienverbot "eine rechte RAF" an: "Wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, dann wissen sie, es geht los." Die jüngsten Briefbomben aus Österreich richteten sich auch gegen JournalistInnen.

Keine Erkenntnisse?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über den Solinger Barett-Verlag, der sich auf die Herausgabe von Militaria-Büchern spezialisiert hat, vor. Unbekannt ist der Bundesregierung, wie diese auf eine Kleine Anfrage der PDS antwortete, auch das Verlagsprogramm. Angepriesen werden dort u.a. die verlagseigenen Bücher wie „Gefechtstechnik", „Blankwaffen des 3. Reiches", „Militärischer Nahkampf", „Sprengfallen", „Waffen-SS", „Taschenbuch für den Winterkrieg" und „Werwolf - Winke für Jagdeinheiten" („Ausrottung der Helfershelfer des Feindes und Durchkreuzung aller feindlichen Maßnahmen durch rücksichtlosen Kampf. Gewalt gegen Terror!"). Der Gründer des Verlages, **Karl-Heinz Dissberger**, provozierte im Frühsommer einen Skandal, als bekannt wurde, daß er seit Jahren Mitorganisator der Rüstungsmesse COPEX ist. Dissberger, der 1975 auf der Reserveliste der NPD zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen kandidierte, war 1980 Ziel einer Hausdurchsuchung des Bundeskriminalamtes (BKA) u.a. wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der Wehrsportgruppe Hoffmann. Und die Ermittler wurden fündig - mehrere tausend Schuß Munition, Pistolen und mit TNT gefüllte Handgranaten brachten Dissberger, zeitweilig Mitglied der „Wiking-Jugend" (WJ), einen Prozeß wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz ein.

Anti-Antifa

Unter der Überschrift „Wo finden wir Kontakt mit Linken?" haben die PHI-Nachrichten 27-29/95 und 30/95 (Herausgeber sind z. Z. **Torsten Paproth** und **Theo Koik**) ca. 200 Adressen aus der Allgemeinen Antifa, Archive, Zeitschriften, Fantifas, Notruf- und Infotelefone, Jugend Antifa und den Edelweißpiraten veröffentlicht. Wer Infomaterial wünsche oder „sich für aufgeschlitzte Autoreifen oder eingeschlagene Schaufensterscheiben .. bedanken" wolle, solle die angegebenen Adressen benutzen. Da lohnt es sich, bei dubiosen schriftlichen Anfragen nachzufragen, wie Mann/ Frau bitteschön an die Adresse gekommen ist.

Kai Grünberg

Niedersachsen-Zentrum der „Jungen Nationaldemokraten"

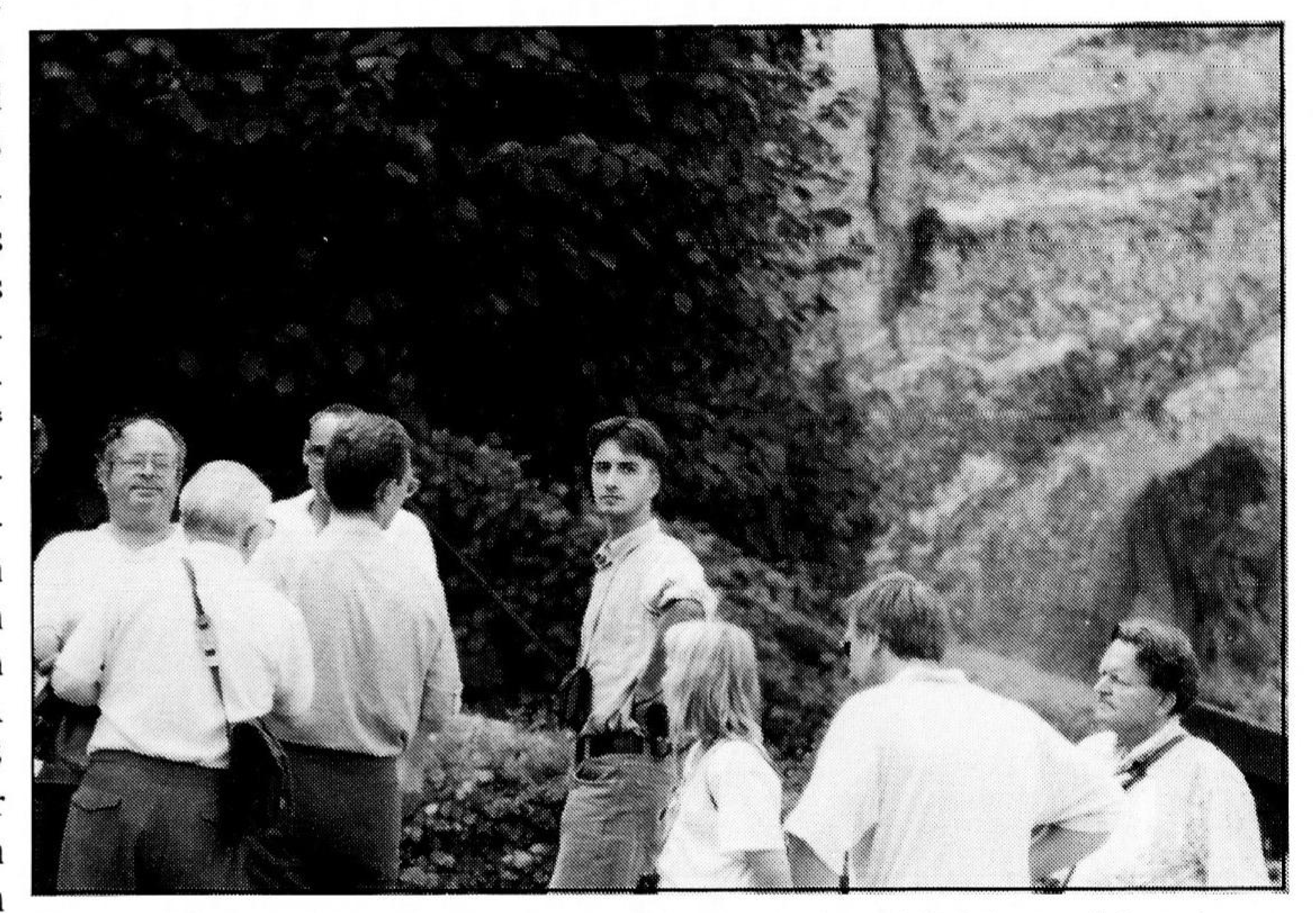
Ordnerschulung, Lagerleben und Kulturtage

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit existiert im tiefsten Niedersachsen, bei Sulingen, seit mehr als zehn Jahren ein Zentrum der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN). Regelmäßig finden hier Pfingst-, Winter- und andere Lager statt, die zum Teil auch gemeinsam von JN und der belgisch-flämischen „Voorpost" organisiert werden. Das Niedersachsen-Zentrum wird aber nicht nur zur Durchführung von Zeltlagern mit dazugehörendem Gesang und Lagerfeuer genutzt, sondern dient vor allem der politischen Schulung und dem Ausbau der JN-Kaderstruktur.

Ende Juli diesen Jahres lud der Bundes- und Landesvorsitzende **Holger Apfel** zum „4. niedersächsischen Kulturtag" der „Jungen Nationaldemokraten". Im Niedersachsen-Zentrum war ein umfangreiches Programm mit Referaten „zu den Themen 'Kultur und nationale Identität', über Agnes Miegel, den sudetendeutschen Dichter Wilhelm Pleyer, volkstreue Jugendkultur, ein Lichtbildervortrag des NPD-Landesgeschäftsführers **Horst Nolte** sowie eine Videovorführung vom 1. Europäischen Kongreß der Jugend" vorbereitet. Auch der Kameradschaftsabend mit „gemeinschaftlichem Gesang und Grillen" durfte nicht fehlen. Der „Kulturtag" war eingebunden in das Sommerlager des „Studentenbund Schlesien" (SBS), hinter dessen unverfänglichem Namen sich nichts anderes als eine Vorfeldorganisation von NPD/JN verbirgt. Schatzmeister des SBS ist kein geringerer als der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel und als „Studienleiter" fungiert der Erfinder der sogenannten Anti-Antifa und NPD-Landesvorstandsmitglied **Hans-Michael Fiedler**.

Höhepunkt des diesjährigen „Kulturtages" war ein Ausflug zu den Externsteinen bei Detmold. Dort lauschten etwa 20 junge und alte Nationaldemokraten und "schlesische Studenten" dem fachkundigen Vortrag von **Wolfgang Gaewert** aus Hannover, der Anfang der 80er Jahren im Landesschiedsgericht der NPD über Parteiausschlüsse mitentschied.

Dort saß er genau an der richtigen Stelle. Seine Funktion hinderte ihn damals in keinster Weise an mehreren Treffen der hannoverschen Gruppe von **Michael Kühnens** ANS/NA teilzunehmen - obwohl dies zu jener Zeit ein Grund für den Rausschmiß aus der NPD gewesen wäre. Besonders zugute kam das warmherzige Verhältnis des „Nationaldemokraten" Gaewert zu Zweigstellen der NSDAP-AO dem „nationalen Sozialisten" **Steffen Hupka**. Nach dem Verbot der ANS/NA im Dezember 1983 war Hupka ständiger Besucher der Treffen der hannoverschen „Jungen Nationaldemokraten". Im Februar 1984 nahm er an einem ersten Treffen zum Aufbau eines Ordnerdienstes der niedersächsischen NPD in Walsrode teil. Enttäuscht vom NS-Kult seiner verbotenen ANS/NA und der vorsichtigen Behäbigkeit der NPD organisierte sich Hupka später in der „Nationalistischen Front" und ist heute einer der leitenden Kader ihrer Nachfolgeorganisation „Sozialrevolutionäre Arbeiterfront" (SrA).



"Junge Nationaldemokraten" und "Studentenbund Schlesien" bei den Externsteinen. Links im Bild Hans-Michael Fiedler

Schulungslehrgänge des Ordnerdienstes unter der Leitung des NPD-Funktionärs **Jürgen Döhr** aus Rinteln fanden dann auch im Niedersachsen-Zentrum der JN statt. Schon 1986 wurde dort der „Aufbau nationaler Kader" besprochen, Rechtsschulung und Funkausbildung betrieben, „Selbstverteidigung" und das „Verhalten bei Störaktionen" geübt.

Die Liste der Lager und Veranstaltungen im JN-Zentrum Kalte Zeit Nr.10 in Ehrenburg/Rathlosen ist lang. Neben Schulungswochenenden, Oster,- Sommer- und Winterlagern der JN finden alljährlich zu Pfingsten dort die „Europäisch-Nationalistischen Pfingstlager" von JN und „Voorpost" statt. Ein Artikel aus dem „NPD Niedersachsen-Spiegel" beschreibt recht anschaulich den Ablauf eines solchen Pfingstlagers: „Beim diesjährigen Treffen konnten weit über 100 Kameraden gezählt werden (...). Neben Sport und Spiel, Ausflügen zum Hermannsdenkmal und den Externsteinen - wo uns die fachkundigen Kameraden Wolfgang Gaewert und **Uwe Stolle** Wissenswertes vermittelten - kam auch die politische Bildung nicht zu kurz. Die bei den flämischen Freunden bekannte Autorin und Flandern-Expertin, **Ilse-Carola Salm**, referierte über die Auswüchse amerikanischer Un-Kultur und deren Folgen, während der Vorsit-



In ländlicher Idylle: das JN - Niedersachsen - Zentrum; Foto: AKF

zende von Voorpost, **Johann van Slamsbrouck**, ausführlich über die Entwicklung des politischen Kampfes der Flamen für einen souveränen Staat berichtete, nahm der stellvertretende NPD-Parteivorsitzende **Hermann Lehmann** das politische Establishment der BRD auf's Korn (...). Als Hauptredner konnten JN und Voorpost dann den bekannten Autoren und Revisionisten **Raimund Bachmann** aus Österreich begrüßen (...). Während am ersten Abend die jungen Kameraden **Michael Wendland** und **Steffen Hammer** von der Gruppe 'Noie Werte' die Teilehmer mit nationalistischer Musik begeistern konnten,trat am zweiten Abend der bekannte Liedermacher **Frank Rennicke** auf. Morgenfeiern mit Trommelwirbel und Fahnenappell, Frühsport und Materialaustausch (...) umrahmten das umfassende Programm." (NPD Niedersachsen-Spiegel Nr.3/93)

„Hausmeister" und Organisator vor Ort ist das langjährige Mitglied des JN-Landesvorstandes und Diepholzer Kreisvorsitzende der NPD **Wilhelm Sudmann**.

Nicht nur in einer Zeit wie heute, wo sich die „Jungen Nationaldemokraten" mehr und mehr als Auffangbecken für die Kader der verbotenen Nazi-Organisationen von FAP bis GdNF anbieten, ist es geboten, den Handlungsspielraum den faschistische Organisationen haben, weitestgehend einzuschränken. Örtlichkeiten wie das Niedersachsen-Zentrum oder das nicht weit entfernte „Heideheim" in Hetendorf sind wesentliche Bestandteile der Organisationsstruktur des (Neo-)Faschismus. Hier werden zukünftige Kader geschult und hier kann in aller Legalität paramilitärische Ausbildung betrieben werden. Kaschiert wird das ganze durch Lagerfeuerromantik und „Kulturtage". Es ist längst an der Zeit auch in der tiefsten Provinz Protest und Widerstand gegen die logistischen Zentren der Nazis zu organisieren. Die erfolgreiche Zusammenarbeit von örtlichen AntifaschistInnen gemeinsam mit überregionalen antifaschistischen Gruppen und Organisationen gegen das „Heideheim" in Hetendorf kann ein Beispiel sein.

Jörg Hemmers

Zerstörungswut der Landsmannschaft der Schlesier

Während des "Tages der Niedersachsen in Oldenburg (Mitte Juni) hielten sich die revanchistischen Landsmannschaften im Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital (PFL) in der Peterstraße auf. Obwohl sie nicht als einzige Gruppe dort ihre Info-Stände aufbauen durfte, zeigte die Landsmannschaft der Schlesier, welch Geistes Kind sie ist. Ihre völkischen schaft auf die gütige Hand des Kultusministeriums setzen, das die Veranstaltungen der Schlesier unterstützte. Im Vorfeld hatten Elternvertretungen erfolgreich dagegen protestiert, die Landsmannschaft in einer Schule unterzubringen. So konnte Ministerpräsident Schröder (SPD) die Landsmannschaft an einem historischen Ort besuchen und betonen,



Botschaften verklebte die Landsmannschaft auch an die teuer verputzten Säulen des unter Denkmalschutz stehenden PFL. Beim Aufräumen stellte sich heraus, daß der Putz beschädigt war. Geschätzte Kosten der Reparaturen: Zehntausend Mark. Die Kosten übernimmt zwar offiziell die Landsmannschaft, aber jede/r weiß, woher die Landsmannschaft ihre Gelder bekommt. So wird auch in diesem Fall die öffentliche Hand die expansionistischen Gelüste der „SchlesierInnen" finanziell fördern. In diesem Fall kann die Landsmannschaft ... daß er seine negative Meinung über die Schlesier inzwischen geändert habe und die Menschen doch für ganz nett halte. Ob Schröder auch für den Flurschaden gerade steht, konnte bis Redaktionsschluß nicht geklärt werden.

Jörg Hemmers ist Mitarbeiter des Arbeitskreises Kein Fußbreit den FaschistInnen, Oldenburg. Foto: AKF

Volksverhetzung

Wegen Volksverhetzung wurde jüngst der „Straßenprediger" **Norbert Homuth** zu vier Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung sowie einer Geldbuße von 1.000 Mark vom Nürnberger Amtsgericht verurteilt. Homuth ist Herausgeber der bereits im 22.Jahrgang in Nürnberg erscheinenden Postille „Glaubensnachrichten", die unter dem Deckmantel als vorgeblich „christlicher Informationsdienst" antisemitische Töne in pur von sich gibt. Homuth greift auch gerne als gelegentlicher Leserbriefschreiber in der neonazistischen Vierteljahresschrift „Bauernschaft" zur Feder; so u.a. in einer der rückliegenden Ausgaben: „Die Asylanten-Politik ist ein Instrument der Illuminaten. Familienplanung und Völkerplanung führt zur Total-Verplanung und zur Verbrüderung und Verschwägerung der Menschheit als Voraussetzung für die Vereinigten Staaten der Erde." Über die Verurteilung von Homuth berichteten u.a. die „Deutsche National-Zeitung" und die rechte evangelische Nachrichtenagentur „idea".

Österreichische Landsmannschaft

Die Neuwahlen auf der Hauptversammlung der rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft" ergaben folgende Vereinsführung: 1.Obmann: derzeit unbesetzt (bisher: **Helmut Kowarik**, Autor in der „Jungen Freiheit", Mitglied des „Witiko-Bundes"), 2.Obfrau: **Gertraud Schuller**, Obmann-Stellvertreter: **Kurt Althuber**, Säckelwart: **Erna Eder**, Schriftführer: **Norbert Prohaska**. Als Organ der „Österreichischen Landsmannschaft" fungiert die Monatszeitschrift „Eckartbote".

DVU-Parteitag

Gerhard Frey wurde auf einem Bundesparteitag der „Deutschen Volksunion" (DVU) erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt. Bestätigt wurden ebenso die übrigen Mitglieder des bisherigen DVU-Bundesvorstandes. Verlesen wurde auf dem Parteitag ein Grußwort des russischen Ultranationalisten **Wladimir Schirinowskij**, mit dem Frey wenige Tage zuvor in Moskau zusammentraf.

Walter Gröger

Das Studienzentrum Weikersheim

Scharnier zwischen Konservatismus und Faschismus

Das „Studienzentrum Weikersheim"(SZW) wurde mit Spenden aus der Industrie Mitte Oktober 1979 auf Initiative von Hans Karl Filbinger gegründet. Dieser mußte im Jahr zuvor als baden-württembergischer Ministerpräsident zurücktreten, nachdem in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, daß er als NS-Marinestabsrichter Todesurteile gefällt hatte.

Die selbstgestellte Aufgabe lautete, der „politisch, geistigen und moralischen Knochenerweichung" innerhalb der Unionsparteien den Garaus zu machen und den vermeintlich linken Mainstream in der bundesdeutschen Gesellschaft ebenso zu durchbrechen, wie die angeblich herrschende Tabuisierung des Konservatismus.

Als Ideologiezentrum am Rande der Union wollte man diese neu als „christlich-nationale-konservative Partei" profilieren. Lautstark wurde schon damals die geistig-moralische Wende gefordert, an deren Verwirklichung sich dann später Helmut Kohl machte. Das SZW hat in seinen Diskussionen nicht nur eine bundesweite Vorreiterrolle, sondern auch die Idee des rechten Denkzirkels verbreitete sich vor allem in den letzten Jahren immer mehr. Das wird deutlich an der zunehmenden Zahl von konservativen Gesprächskreisen, wie sie es inzwischen mit dem Hofgeismarer Kreis auch in der SPD oder innerhalb der Berliner FDP um den ehemaligen Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl** gibt, welcher auch schon mal als Referent bei den Weikersheimern auftreten durfte. Solcherlei Foren konnten mit Aktionen wie dem „Berliner Appell" oder dem Aufruf zum 8.Mai 1995 „Gegen das Vergessen" auf breiter Front ihre Inhalte in ein weitgefächertes Spektrum bürgerlicher Medien tragen. Somit stellt das SZW weit mehr dar als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für den ehemaligen NS-Marinerichter **Filbinger**. In dem Begehren, den politischen Diskurs nach rechts zu verlagern und somit auch die Politik der Herrschenden noch weiter nach rechts zu verschieben, gibt es offensichtlich keinerlei Berührungsängste zu Referenten aus der braunen Ecke.

Das wundert auch nicht weiter nach einem Blick auf einige Funktionäre des SZW, deren Biographien und Standorte in der politischen Landschaft.

Im Präsidium des SZW sitzen neben Filbinger und **Günter Rohrmoser**:

– Brigadegeneral a. D. **Heinz Karst**, dem der Soziologe H. Wesseling „faschistoide Phantasien" und eine „nahtlose Kontinuität" von NS-Wehrmacht und Bundeswehr attestierte. Er baute ab 1952 die Bundeswehr mit auf und kämpft generell für das Ansehen des deutschen Soldaten an sich, egal ob aus Wehrmacht oder Kaiserreich.

– **Otto Esser**, Ex-Arbeitgeberpräsident

– **Willi Dempf**

– **Erwin Vetter**, Ex-Landesminister

– Professor **Helmut Metzner**

– Pfarrer **Matthias Dannenmann**

Der Geschäftsführer des SZW, **Albrecht Jebens**, ist nicht nur von einer Mensurnarbe und einem an Hitler erinnernden Oberlippenbewuchs gezeichnet, sondern schreibt selber in den Weikersheimer Blättern wie auch in braunen Periodika wie der "Zeitenwende". Als geistiger Brandstifter outet sich Jebens in den Weikersheimer Blättern vom Juli / August 1992. Dort kritisierte er die baden-württembergische Landesregierung: „Man verschließt die Tore den Aussiedlern aus dem Osten und importiert die Drogenkriminalität über die Asylanten-Zuteilungsquote auch in den letzten verträumten Winkel des Landes." Zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wollte er im Stuttgarter Ratskeller bei einer „Gedenk"-Veranstaltung des „Freiheitlichen Bildungskreises Stuttgart" ein Referat halten. Die Veranstaltung konnte von einer antifaschistischen Öffentlichkeit verhindert werden.

Im Kuratorium des SZW (66 Mitglieder) sitzen u.a.:

– Prof. Dr. **Karl Steinbuch**, emeritierter Informatik-Professor, Ideologe des rechten „Bund Freiheit der Wissenschaft", Träger des „Konrad-Adenauer-Preises" der „Deutschland-Stiftung" von 1976; warb im Kuratorium des SZW für die „Republikaner".

– **Rolf Schlierer**, heute Bundesvorsitzender der rechtsextremen „Republikaner". Mußte allerdings seinen Posten 1989 nach öffentlichem Druck räumen, als seine Funktionen bei den REPs bekannt wurden. Damals fürchtete man beim SZW einen Ansehensverlust.

– **Nikolaus Lobkovic**, erzkonservativer Präsident der Katholischen Universität Eichstätt, Autor in „Europa vorn", „Wir Selbst" (1979 von Mitgliedern der „Jungen Nationaldemokraten" gegründet) und „Vouloir". Referiert auch in der rechten Denkfabrik „Deutsch-Europäische Studiengesellschaft" (DESG) oder dem REPs und der „Jungen Freiheit" nahestehendem „Forum Res-Publika".

– **Klaus von Trotha**, Landesminister für Wissenschaft und Forschung, Kuratoriumsmitglied seit 1992. Seine Mitgliedschaft zahlt sich aus für das SZW, wurde doch für die Durchführung der 2. Weikersheimer Hochschulwoche „Von der Parteienverdrossenheit zur Staatskrise?" 1993 ein Landeszuschuß von DM 40.000.– bewilligt und ausbezahlt. Bis dato hatte es noch keine direkte Finanzierung aus den Töpfen des Landes gegeben. Beschlossen und ausgeführt wurde der Zuschuß vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung, verantwortlich: Klaus von Trotha.



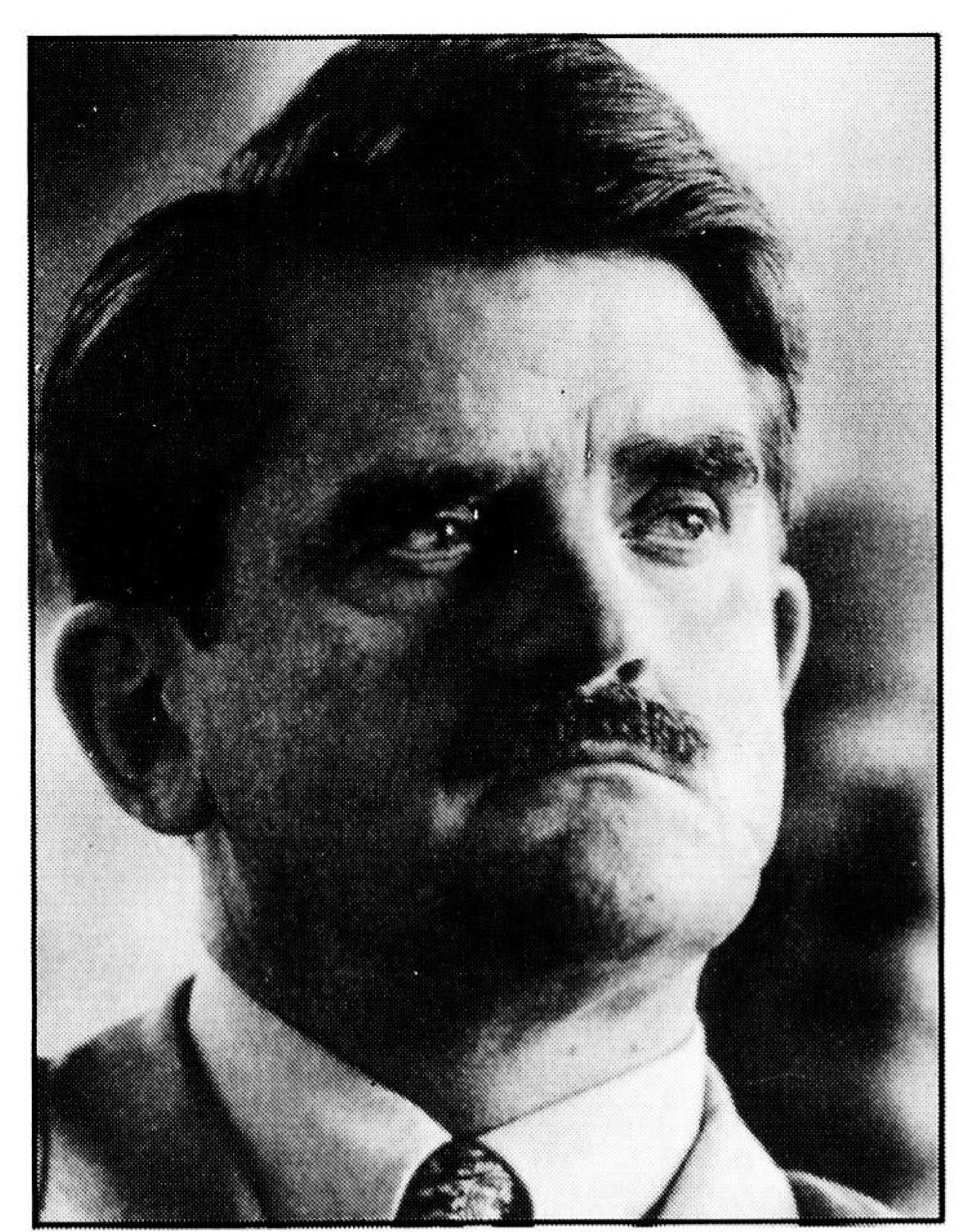
Brigadegeneral a.D. und Vorstandsmitglied der Deutschlandstiftung: Heinz Karst

Referenten wie der frühere Bundespräsident **Carstens**, **Wolfgang Schäuble**, Ministerpräsident **Erwin Teufel** oder der Chef der Berliner Senatskanzlei **Volker Thäne** mögen manchen noch Honorigkeit der Veranstaltungen vorgaukeln. Diese ehrwürdigen Herren treten allerdings mit sonst eher verpönten Gestalten von rechtsaußen auf und verhelfen diesen damit – ob gewollt oder nicht – zu nicht zu unterschätzender Reputation. In diesem Zusammenhang wären zu nennen:

– **Wolfgang Strauss**, ein Nationalrevolutionär und Autor von Zeilen wie der folgenden: „Der Nationalsozialismus ist die Idee und das Organisationsprinzip des sich selbst befreienden Volkes." Er war NPD-Mitglied, er ist festes Redaktionsmitglied der vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachteten Zeitschrift „Nation und Europa". Einschätzung der Verfassungsschützer: „Eines der führenden ideenpolitischen Organe des deutschen Rechtsextremismus." Darin gibt er regelmäßig „Nachrichten von der Überfremdungsfront" zum besten. Redaktionskollege bei „Nation und Europa" ist **Karl Richter**, ex-Chef der „Deutschen Rundschau", dem früheren Organ der „Deutschen Liga für Volk und Heimat". Richter war auch schon mal Sprecher der bayerischen Reps oder hielt im „Deutschen Seminar" in Stuttgart einen Vortrag über das Thema „Deutsche Rechte, was nun?"

– Prof. **Wolfgang Seiffert** aus Kiel, saß z. B. Ende 1983 zusammen mit REP-Führer **Schönhuber** im (kurzlebigen) Deutschland-Rat.

– **Hans-Ulrich Kopp**, Ex-Bundesvorstandssprecher der REPs, führendes Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Danubia. In der Festschrift zu deren 140-jährigem Bestehen war zu lesen, was dieser Bursche fordert: „Aufrechtes Mannestum". Er war von 1990-93 Redakteur der rechtsextremen "Jun-



Albrecht Jebens, Geschäftsführer des Studienzentrums Weikersheim

gen Freiheit", Gründungsmitglied und stellv. Vorsitzender des "Republikanischen Hochschulverbandes", dem Versuch der REPs einen Uni-Ableger zu gründen. Ist auch im Jungen Weikersheim aktiv.

– **Hans Dietrich Sander**, durfte sich darüber in dem von Ihm herausgegebenem Blättchen "Staatsbriefe" wie folgt freuen: „Vor einem Jahr wäre ich von diesem Bildungswerk der württembergischen CDU wohl noch nicht um einen Vortrag ersucht worden." Zu den von ihm referierten Themen gehört die Frage nach der Vorbereitung einer „Tyrannis oder Diktatur" zur Ablösung der Demokratie. Den Staatsbriefen attestierte Albrecht Jebens „eine geistig brillante Herausforderung von Hohen Graden". Da hätte sich Neonazi-Führer Michael Kühnen aber gelobt fühlen können, wäre er nicht schon vorher verstorben. Denn Kühnen trat schon als Autor über die „Deutsche Reichsidee" in den Staatsbriefen auf. In diesem Blatt wurde weiter das „Programm einer nationalen Notstandsregierung in Deutschland" diskutiert. Dort kann nachgelesen werden, von was diese Herren träumen: „Die Machtergreifung des nationalen Lagers in Deutschland wird zu einer Regierung des nationalen Notstands führen, die in kürzester Zeit das deutsche Volk von den gröbsten Übeln zu befreien hat." Uneinsichtig meinen sie sich nicht selber damit, sondern vorneweg „ausländische und volksfremde Menschen". Gefordert wird „das Verbot der Ideologie der Menschlichkeit" und die Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches. Sander saß im Vorstand der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), 1960 unter Führung des ehemaligen stellvertretenden Reichspressechefs der NSDAP **Helmut Sündermann** gegründet. Er referierte beim Studentenbund Schlesien des NPD-Funktionärs und Anti-Antifa-Aktivisten **Hans Michael Fiedler**. Der SBS gründete 1982 einen Arbeitskreis Feindaufklärung zur Ausforschung des linken Spektrums in Göttingen, im März '92 ging es um Autonome und deren systematische Bekämpfung. Der SBS hat Verbindungen zur Wiking Jugend, NF, FAP und entsprechenden Studentenverbindungen.

Sander ist Autor in der Deutschen Stimme und für den Nationaldemokratischen Hochschulbund (beide NPD), "für Nation + Europa", "Mut" u. a.

– **Michael Walker**, Herausgeber der Zeitschrift "The Scorpion", einem Ideologieorgan der "neuen Rechten" in Westeuropa. Nach Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses Rassismus und Ausländerfeindlichkeit des Europäischen Parlaments veranstaltet die Zeitschrift mindestens zwei internationale Veranstaltungen pro Jahr und bemüht sich intensiv um Verbindungen zu „ultranationalistischen und antisemitischen Gruppen in Osteuropa". Ebenso laufen Verbindungen der „britischen radikalen Rechten mit der neuen Rechten in Europa" über die Zeitschrift. Das ist nicht weiter verwunderlich, war Walker doch selber schon Mitglied der britischen National Front (NF). Er arbeitet an Europa vorn Spezial mit, dessen Herausgeber **Manfred Rouhs** Ratsherr der Deutschen Liga für Volk und Heimat in Köln war. Walker schreibt fleißig Leserbriefe, u. a. an die NS-orientierten "Unabhängigen Nachrichten" oder in "Nation + Europa". Dort verkündet er z. B., daß der Kampf „um Lebensraum im nächsten Jahrhundert eine Sache von Leben und Tod sein wird".

– Dr. **Karlheinz Weißmann**, Gymnasiallehrer in Göttingen und Autor von Büchern mit so illustren Titeln wie „Die Zeichen des Reiches" oder dem „Rückruf in die Geschichte", welches von der "neurechten" Postille "Criticon" zum „Flaggschiff der jungen Rechten" genauso hochgejubelt wird wie vom revisionistischen Grabert-Verlag, der ansonsten den industriell betriebenen Massenmord an den Juden pseudowissenschaftlich in Frage stellt. Auch der "Index", Blatt der neonazistischen Nationalen Liste um Christian Worch aus Hamburg, druckte schon einen Artikel dieses ehrenwerten Herren. Auf dem Jahreskongreß des SZW am 15. / 16. Mai 1993 leitete Weißmann den Arbeitskreis I: „Historische und politische Bindungen". Vorwürfe, daß dort ungehindert über die sogenannte Auschwitz-Lüge philosophiert wurde, führten neben der Finanzierungspraxis durch das Land zu einer Anfrage der GRÜNEN im Stuttgarter Landtag sowie der PDS im Bundestag.



Gerngesehener Gast bei Erich Böhmes Talk im Turm: Günter Rohrmoser
Foto: Bildarchiv Aktion 3. Welt Saar

– **Rüdiger Stolle** ist Chef der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen. Auch deren Publikation "Fritz" wird derzeit vom Verfassungsschutz wegen rechtsextremer Tendenzen beobachtet. Stolle sprach auf dem diesjährigen Kongreß „Aufbruch und Erneuerung – Die Freiheit von Wort und Geist erkämpfen" auf dem Hambacher Schloß, organisiert vom SZW und der Hans-Filbinger-Stiftung.

Zur Teilnahme an diesem Kongreß riefen neben den bekannten honorigen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft auch Neonazis in ihrem Mailbox-System Thule-Netz auf. In der Mailbox wurde auf „Spannende Vorträge zu subventionierten Preisen" hingewiesen und mit „Heil den Skinheads mit Schlips" gegrüßt.

– Oberkirchenrat **Hartmut Jetter** aus Stuttgart referierte auf dem gleichen Kongreß.

– **Hans-Helmuth Knütter**, Anti-Antifaschist und Politikprofessor aus Bonn. Schreibt in Mut und Criticon und ist Mentor eines Ost-West-Arbeitskreises an der Bonner Uni. In dessen Veranstaltungen traten bekannte Faschisten wie der Nazi-Barde und Wiking-Jugendliche **Frank Rennicke**, der führende Auschwitz-Leugner **David Irving** oder der oben erwähnte Sander auf. Auf der Hochschulwoche 1994 tat er folgendes kund: „Ich erwarte, daß das, was ich hier sage, im Kampf gegen den Antifaschismus umgesetzt wird!"

Bei der Recherche zum Thema dieses Artikels türmt sich das Papier zu wahren Wolkenkratzern. Genauso unerfreulich wie unmöglich scheint es, alle Verbindungen zwischen den Funktionären des SZW und politisch noch viel weiter rechts stehenden Personen zu be- und durchleuchten, seien diese nun Alt- oder Neurechte, Faschisten, Nazis oder „nur" Wertkonservative, rechtsradikal oder rechtsextrem eingestellt. Diese Begriffe sind z.T. Einteilungen von Verfassungsschützern, zu ungenau und oft genug verharmlosend. Wenn hier des öfteren Bezug darauf genommen wird, daß die eine oder andere Publikation vom Verfassungsschutz beobachtet wird, soll das nicht alleiniger Anhaltspunkt für deren Gefährlichkeit sein. Mag es den einen oder die andere, welche noch voller Glauben an diesen deutschen Staat und seine Rechtsordnung sind, davon überzeugen, daß sich hinter dem SZW mehr als harmlose Gesprächsrunden verbergen. Daß wir uns jedoch auf Geheimdienste, Justiz und Polizei im Kampf gegen den Faschismus nicht verlassen können, von diesen Antifaschismus hingegen in unseliger Tradition kriminalisiert und verfolgt wird, stellt schon eine Binsenweisheit dar. Da wir unsere Hoffnungen auf eine befreite Gesellschaft nicht in die Hände von Systemknechten und -Schergen legen können, die allein schon von ihrer Aufgabe und Funktion her im Gegensatz zu uns stehen, müssen wir selber aktiv werden. Aufmerksame Augen und Ohren sind hilfreich, ein aufmerksamer Geist unerlässlich. Weil wir damit hinreichend ausgestattet sind, haben wir uns an

die Herausgabe einer Broschüre gemacht. Und gemerkt, was die Funktion des erst einmal so betulich daherkommenden SZW ist: Nicht nur das eine oder andere Thema von etwas weiter rechts zu beleuchten, sondern Einfluß zu nehmen auf die gesamte Gesellschaft, auf die Wirtschaft, den Klerus und die Politik, letztlich auf die Lebensbedingungen von jeder und jedem von uns. Wenn hier steht „Einfluß nehmen", dann heißt das beileibe nicht, daß die „Weikersheimer" sich zufrieden geben, den politischen Diskurs ein wenig nach rechts zu verschieben. Vielmehr ist bei FunktionsträgerInnen wie ReferentInnen des SZW eine Vorstellung von einem ganz anderem Deutschland der gemeinsame Nenner: Agressiv gegen innere wie äußere „Feinde". Erstere seien schon automatisch, welche nicht durch Abstammung zum deutschen Volk gehören, und schon gleich alle, welche sich solcherlei Rassenlehre und der damit verbundenen Opferlamm-Mentalität für das vermeintliche „Volkswohl" verschließen, welche die „göttliche" oder gar „natürliche" (Unter-) Ordnung und somit Zementierung der Ungleicheit in Frage stellen. Klar wird, solch ein Staat ist viel näher am nationalsozialistischen als am heutigen demokratisch genannten orientiert. Klar ist, für Menschen wie mich und vielleicht Dich gibt es wenig Raum in solch einem Land, vielleicht nicht einmal den Raum einer Knastzelle. Deutlich wird, daß mit einer Institution wie dem SZW „honorige" Persönlichkeiten die Möglichkeiten haben, andere sagen zu lassen, was sie denken oder von was sie in ihren Allmachtsphantasien träumen, aber sich dennoch vornehm im Hintergrund zu halten. Es ist kein Zufall, daß sie mit Neonazis zusammen agieren, nur möchten sie nicht ganz so rüde erscheinen. Über was diese Gestalten sich im Privatleben unterhalten, wissen wir weniger als einige von ihnen über uns. Wir haben nicht die Macht und Gewalt eines Innenministers oder eines Generalbundesanwalts und ihres Apparates von Spitzeln und Überwachung. Aber wir ahnen es. Und damit uns nicht für immer eine Gänsehaut quält, sind wir zusammen antifaschistisch aktiv und organisiert.

Die genannte Broschüre ist für 2,- DM zzgl Porto zu beziehen bei Antifa A c/o Infoladen, Mörikestr. 69, 70199 Stuttgart

Demonstration gegen das Studienzentrum Weikersheim am 24. 9. 1995 12 Uhr Bahnhof Weikersheim

Andreas Speit

Das Ende der Odyssee Peter Schütts?

Rechte Leute von Links sind nichts Neues in diesem Land. Ebensowenig wie Intellektuelle und KünstlerInnen, die sich von Rechts inspiriert und animiert fühlen. Einer, der sich unlängst hinzugesellt hat, ist Peter Schütt ehemaliges Mitglied des DKP-Parteivorstandes. Kontinuierlich engagiert sich der "meistgelesenste Autor der linken Literaturszene" in sog. "neurechten" und rechtskonservativen Kreisen.

Auf dem Weg nach Rechts hat er sich bereits in den letzten Jahren gemacht. Neben seinen literarischen Publikationen, publizierte er unter anderem im "Hamburger Abendblatt" oder der "Frankfurter Allgemeiner Zeitung" Artikel zum Thema "Linksradikalismus". In denen behauptete er zum Beispiel, daß DKP-Ordner Veranstaltungen von Neofaschisten in Hamburg geschützt hätten und die "Konkret" stramm auf DKP-Parteilinie operieren würde. Weder das eine noch das andere konnte er belegen. Seine Auftraggeber störte dies ebenso nicht, wie die Gleichsetzung von Links und Rechts, Kommunismus und Faschismus, die **Peter Schütt** ständig brachte. Publizistischen Freiraum lassen ihm auch seine neuen Auftraggeber.

Im Oktober 1994 setzte er sich in der "Jungen Freiheit" auf einer ganzen Seite mit dem "Islam zwischen Erstarrung und Erneuerung" auseinander und bewegte sich damit getreu auf den Bahnen des völkischen Nationalismus seiner Auftraggeber. So hebt er hervor, daß "man nicht übersehen" sollte, "daß das islamische Demokratieverständnis im Gegensatz zu den westlichen Traditionen nicht auf dem Mehrheitsprinzip beruht, aufgrund dessen die Minderheiten von vornherein das Nachsehen haben. Dem Islam sind solche Zahlenspiele fremd" und er betont desweiteren, daß die Grenzen zwischen Islam und westlichen "Kulturen" unüberwindbar und zu akzeptieren seien. Nur so sei ein friedliches Miteinander - Nebeneinander möglich.

Vermittelt hat ihm den Auftrag Dr. **Andrzej Madela**. Beide kennen sich noch aus DDR-Zeiten. Andrzej Madela, ehemaliges Mitglied der "Vereinigten Arbeiter Partei" Polens, studierte Germanistik in Breslau und Berlin. 1982 siedelte er in die DDR über und arbeitete als Stanzer, Lehrer und Redakteur. Kennengelernt haben sich die beiden 1986. Bevor Madela bei der "Jungen Freiheit" Redakteur wurde - von **Dieter Stein** sehr geschätzt - war er in linken Kreisen involviert. Nach 1989 schreibt er in der grünalternativen Monatszeitschrift "Kommune" (11/90) einen Artikel, wo er den Antisemitismus von staatswegen im kommunistischen Polen hinterfragt. Wenig später taucht er im Impressum der Zeitschrift "Fragmente" als Redaktionsmitglied auf.

Peter Schütts Artikel fand gefallen. Knapp drei Monate später durfte er in der "Jungen Freiheit" wieder das Wort ergreifen. Erneut beschäftigte er sich mit dem Islam, diesmal mit dem Algerienkonflikt. Unter der Überschift "Einmischung ausdrücklich erwünscht" beschwört er die Deutsch-Arabische Freundschaft und fordert das Eingreifen Deutschlands in den Algerienkonflikt. Keine neuen Töne in diesem Spektrum. Sowohl **Sigrid Hunke** und **Alain de Benoist**, als auch militante Neofaschisten betonen die Deutsch-Arabische Freundschaft. Erinnert sei an Alain de Benoists Engagement während des Golfkrieges, Sigrid Hunkes Publikationen über "unser arabisches Erbe" und **Michael Kühnens** Mühen für eine "internationale Armee" für Saddam Hussein, sowie den Kontakten von Wehrsportgruppen nach Palästina.

Während Peter Schütt in der "Jungen Freiheit" zum "Islam-Experten" wurde, trat er am 10. Februar im "Studienzentrum Weikersheim e.V." als profunder Kenner der PDS auf. Das Auditorium wird den Vortrag, im Tenor seiner letzten publizistischen Ergüsse zum Thema "Linksradikalismus", mit Wonnen vernommen haben.

Mehr literarisch und kulturgeschichtlich bewandert gibt sich der Ex-DKP'ler in der Zeitschrift "Mut". Bei der Spurensuche "des Niederdeutschen in Mecklenburg" befindet er, neben dem Üblichen, daß Links und Rechts gleich seien, daß keine andere deutsche Landschaft so unter der "kommunistischen Kulturrevolution" zu leiden gehabt hätte, wie diese "kerndeutsche" Landschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Zum Schluß empfiehlt er, "die mecklenburgisch-plattdeutsche Langsamkeit als Teil unserer selbst wiederzuentdecken".

Das "neurechte" Periodikum nahm den "bekehrten Kommunisten" mit Freude auf und warb sogleich mit dessen Namen auf ihrem Titelblatt, als auch in ihrer "Zeit"-Annonce.

In diesem Kontext überrascht es dann nicht mehr, was Peter Schütt zu **Rainer Zitelmanns** letzten Publikation "Wohin treibt unsere Republik?" im evangelischen "Deutschen Sonntagsblatt" schreibt: "Der Publizist Rainer Zitelmann, Autor umstrittener Studien und Forschungen zur Geschichte des Nationalsozialismus und der Adenauerzeit, gilt der hiesigen Linken seit fast zwei Jahren als Chefideologe der neuen Rechten. Doch wer seine neueste Publikation (...) zur Hand nimmt, um nach Beweisen für rechtsextremes und antidemokratisches Gedankengut zu suchen, der wird das Buch vermutlich bald enttäuscht zur Seite legen. Er ist ein rechter Demokrat und weiß sehr genau zwischen "rechts und rechtsextrem zu unterscheiden". Zitelmann neigt zwar zur "Zuspitzung und gelegentlich zur Überspitzung" heißt es weiter, aber seine Ansichten "taugen allemal als Anstöße zur Überwindung geistiger Trägheit und können so, auch wenn sie weh tun, heilsam wirken".

Geheilt und geläutert scheint der "vaterlandslose Geselle" Schütt seine "verlorene Heimat" gefunden zu haben, deren Verlust er 1992 noch in einem Gedicht beklagte. Der Suchende, der unentwegt unterwegs zu neuen Ufern, Erfahrungen und Erkenntnissen ist - wie es auf dem Buchrücken seiner letzten Publikation zu lesen ist - scheint angekommen zu sein.

Barbara Ritter

Der neue § 218 ...

... und die Bemühungen der Lebensschützer in der Schwangerschaftkonfliktberatung

Daß der § 218 so flott noch vor der Sommerpause über die parlamentarische Bühne gezogen wurde, hat nach dem langjährigen Gezerre um das Abtreibungsgesetz dann doch verblüfft. Aber wer hatte denn schon beachtet, daß Ende März 95 deutliche Rauchzeichen aus Rom die Gangart der Unionskatholiken beflügelt?

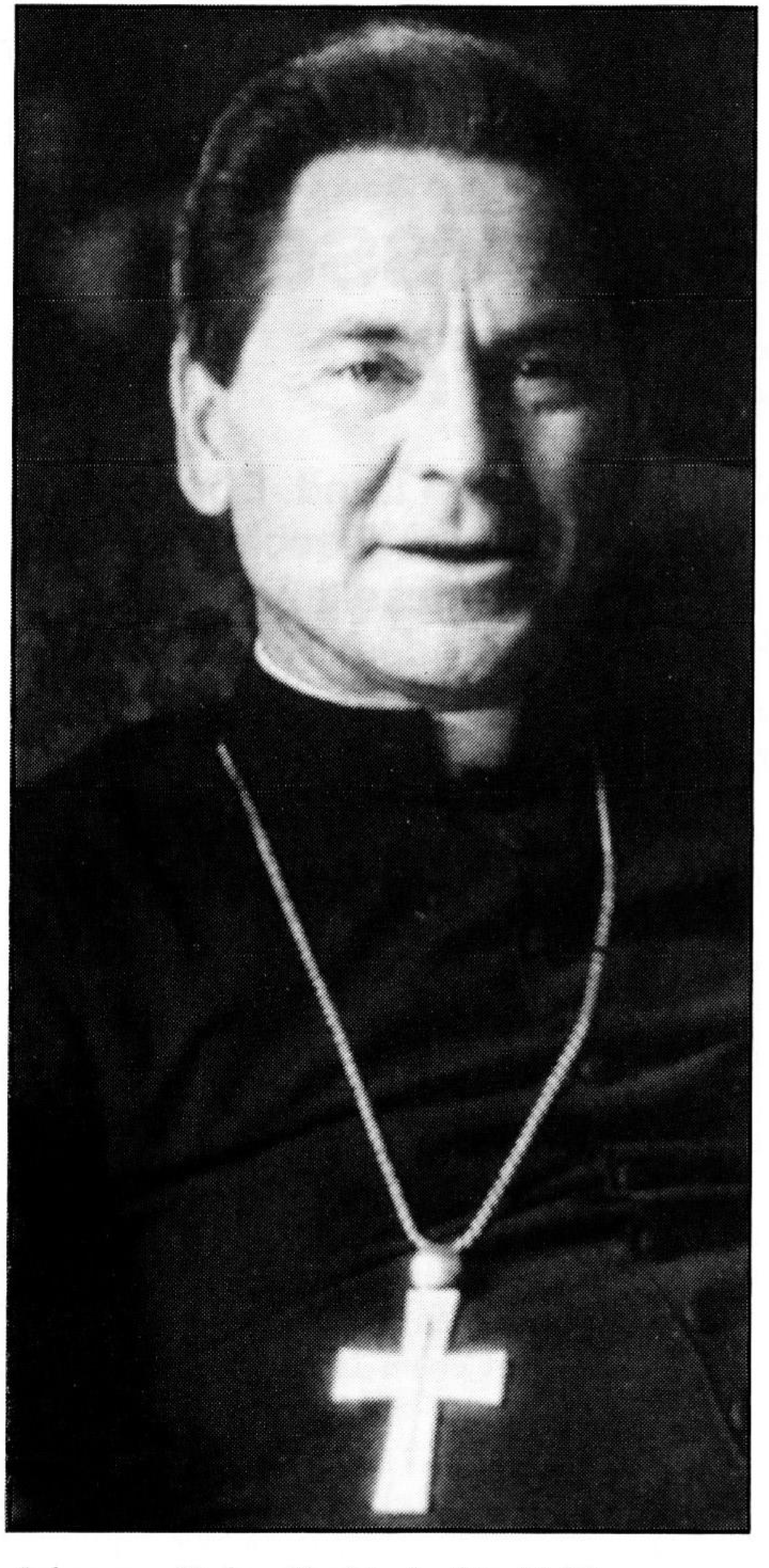
Man reibt sich die Augen, wenn in der Papst-Enzyklika folgender Satz zu lesen ist: „In dem hypothetisch angenommenen Fall ist es einleuchtend, daß es einem Abgeordneten, dessen persönlicher absoluter Widerstand gegen die Abtreibung klargestellt und allen bekannt wäre, dann wenn die Abwendung oder vollständige Aufhebung eines Abtreibungsgesetzes nicht möglich wäre, gestattet sein könnte, Gesetzesvorschläge zu unterstützen, die die Schadensbegrenzung eines solchen Gesetzes zu. Ziel haben und die negativen Auswirkungen auf das Gebiet der Kultur und der öffentlichen Moral vermindern.“

Es hat wohl einige Wochen gedauert, bis den braven Abgeordneten der bedeutungsschwangere Satz klar war, aber rechtzeitig vor der Abstimmung kam das offizielle Plazet. **Gerhard Scheu**, CSU und Justiziar der Fraktion, gab in der zweiten Lesung des § 218 im Bundestag unumwunden den Hintergrund der Kompromißfreudigkeit der Union zu: „Heute hat mich ein Schreiben des Landeskomitees der Katholiken in Bayern erreicht, das mir meine Gewissensentscheidung erleichtert. Das Landeskomitee schreibt mir: "Wir möchten alle Abgeordneten ermutigen, sich im Sinne der Worte Johannes Paul II in der Enzyklika Evangelium Vitae, Nummer 73, für eine Schadensbegrenzung einzusetzen und eine Lösung zu unterstützen, die unter Beachtung der obengenannten Kriterien noch als das geringere Übel angesehen werden kann!“ (Bundestagsdebatte am 29.6.95)

Noch vor der Abstimmung hat der Leiter des Katholischen Büros in Bonn, Prälat Bocklet betont, daß er „mit dem Kompromiß leben“ könne, für die zwei Drittel Katholiken unter der Unions-Fraktion ein wichtiger Hinweis.

An diese Empfehlung haben sich - Gott sei Dank - dann dennoch nicht alle gehalten. Etwa ein Drittel der CDU Abgeordneten - so viele stimmten gegen den „Kompromiß“ und für der Vorschlag der Hardcore-Lebensschützer - können sich einer besonderen Belobigung durch den Papst gewiß sein, denn prompt ließ die Vatikanzeitung das neue Gesetz als einen „tadelnswerten Kompromiß gegen das Leben“ abkanzeln. Eine perfekte Doppelstrategie und gleichzeitig ein Lehrstück zur fehlerhaften Interpretation des Unfehlbaren.

Während der neue § 218 und das Beratungsgesetz allenthalben schnell wieder aus den Schlagzeilen verschwunden war, arbeitet sich die katholischen erzkonservative „Deutsche Tagespost“ beharrlich an dem Thema ab. Da haut Erzbischof **Dyba** auf Prälat Bocklet ein, weil er mit seiner flotten Äußerung die katholische Sprachregelung verletzt habe. „Verbrechen von der Art eines Mordes“ gibt der Moraltheologe **Gino Concetti** im Osservatore Romano die Richtung vor. Und die „Aktion Leben“, eine militante Lebensschützerorganisation aus Abtsteinach, fordert Prälat Paul Bocklet gar zum Rücktritt auf.



Johannes Dyba, Erzbischof in Fulda

Der alte Streit um die Beteiligung der katholischen Kirche am § 218-Beratungswesen bricht mit neuer Heftigkeit auf. Der Vorsitzender der "Juristenvereinigung Lebensrecht", **Berndward Büchner**, appelliert an die Kirchen, ihre Beratungsstellen „vom staatlichen System unabhängig zu machen“. Die Kirchen dürften „die ihnen zugedachte systemerhaltende Rolle“ nicht spielen. Eine frappante Wortwahl, die nachgerade an Flugblätter der verteufelten Studentenbewegung anklingt. Aber keine Sorge, er bekommt die verfassungsgemäße Kurve: „Solange man noch die kirchlichen Beratungsstellen als Alibi im pluralen Angebot hat, wird die nicht zuletzt dadurch ermöglichte, im Grunde verfassungswidrige Praxis um so bedenkenloser geübt und hingenommen werden“. Verfassungswidrige Praxis unterstellt Büchner vor allem den Beratungsstellen der Pro Familia, ohne jedoch auch nur einen einzigen konkreten Anhaltspunkt zu haben. Geradezu grotesk schlägt sich seine Beweisnot nieder in Sätzen aus seinem „Gutachen“ wie: „Es gibt also kein Protokoll, auf welches die Frau zum Nachweis einer pflichtwidigen Beratung zurückgreifen könnte. Das tote Kind als Hauptopfer kann es schon gar nicht.“

Die Caritas hält an der Schwangerenberatung fest, so der Präsident des Dt. Caritas-Verbandes Prälat **Helmut Puschmann**: „Wir würden uns als Kirche von einer entscheidenden gesellschaftlichen Herausforderung zurückziehen, der Auseinandersetzung um das ungeborene Leben, besonders in Konfliktsituationen“. Im Leitartikel der Deutschen Tagespost wird die idealtypische Beratungssituation konkretisiert: „Die Beraterin oder der Berater hat dem ungeborenen Kind am Beratertisch Sitz und Stimme zu geben und die zu Beratende zu belehren, daß auch dein ungeborenes Kind gegenüber der Mutter ein unantastbares Lebensrecht hat“ (29.6.95)

Aber bei dem Streit um den Schein geht es nicht nur um moralische Einflußmöglichkeiten sondern auch um Geld. Denn die staatliche Anerkennung als Beratungsstelle ist in der Regel auch die Voraussetzung für staatliche Finanzzuschüsse. Bischof **Lehmann** gibt sich als „persönlicher Befürworter der Beratung innerhalb des staatlichen Systems“ zu erkennen und will die „Spaltung der Dt. Bischofskonferenz über dieses Thema verhindern“. Seinen Gegenspieler hat er im Fuldaer Erzbischof Dyba, der den Beratungsstellen seiner Erzdiezöse die § 218-Beratung schon lange untersagt hat. Allerdings war das finanzielle Risiko Dybas nicht sehr groß, denn in Hessen werden die Beratungsstellen nach Fallzahlen bezuschußt, die in Dybas Herrschaftsbereich ohnehin gegen Null tendierten. So konnte Dyba immer wieder laut betonen, daß er zwar liebend gerne Schwangere beraten wolle, aber nicht bereit sei, „das Todesurteil für das ungeborene Kind“, den für den Abbruch nötigen Beratungsschein auszugeben.

Das neue Schwangerschaftskonfliktgesetz macht es nun möglich, daß auch solche Beratungsstellen in den Genuß staatlicher Finanzierung kommen, denn es hat ganz unauffällig und unbemerkt die Unterscheidung zweier verschiedener Typen von Beratungsstellen eingeführt: solcher, die nach dem Gespräch den erhofften Schein für einen straffreien Abbruch erteilen (§8) - und solcher, die zwar schwangere Frauen „beraten“, ihnen aber keine Bescheinigung dafür ausstellen (§3).

Diese klammheimlich eingeführte Doppelregelung wird auch der neuen Strategie des Lebensschützerlagers entgegenkommen. In den letzten Jahren mehren sich die Versuche organisierter Abtreibungsgegner, eigene Beratungsstellen einzurichten, mittels derer sie gezielt Einfluß und Druck auf ungewollt schwangere Frauen ausüben können.

Schon jetzt kassieren etliche solcher „Beratungsstellen“ öffentliche Gelder über Ar-

beitsbeschaffungsmaßnahmen, wie die „Insel für das Leben, -Soziale Beratungs- und Forschungsgesellschaft m.b.H" in Duisburg, und der Verein „Du sollt leben" e.V. in Dortmund. Andere versuchen, die Anerkennung als offizielle § 218-Beratungsstellen zu erlangen wie jüngst die Pro-Vita in Braunschweig. Weitere Lebensschützerberatungsstellen haben unter dem Mantel des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche die staatliche Anerkennung bereits erhalten, wie die Beratungsstelle des Weißen Kreuzes in Vellmar bei Kassel und die Beratungsstelle des „Vereins zu Schutz des Lebens e.V." in Annaberg-Buchholz und der Lebensschützerorganisation „KALEB" in Marienberg (beide Sachsen).

Verkauft wurde der neue § 218 als notwendiger Kompromiß einer ganz großen Koalition. Angeblich schaffe er Rechtssicherheit und die Abtreibungsgegner verzichteten auf eine weitere Klage bei Bundesverfassungsgericht. Tatsache ist, daß das neue Gesetz den rechten Lebensschützern neue und weite Felder zur Drangsalierung von Frauen eröffnet. ◪

Anton Maegerle

Rechte Lebensschützer

Die „Christdemokraten für das Leben e.V." (CDL)

Gegen die Verabschiedung des neuen Abtreibungsrechtes im Bundestag liefen in der Bonner CDU/CSU die selbsternannten „Lebensschützer" Sturm. An vorderster Front kämpfte Hubert Hüppe (38), CDU-MdB und Sprecher der Initiativgruppe „Schutz des menschlichen Lebens" im Bundestag, der inzwischen rund 60 Parlamentarier angehören. Diese wollen am liebsten jede Abtreibung durch ein Gerichtsurteil überprüfen lassen.

Hüppe, seit 1974 CDU-Mitglied, ist sowohl stellvertretender Bundesvorsitzender der „Aktion Lebensrecht für Alle" (ALfA) als auch stellvertretender Bundesvorsitzender in einem Verein, auf den werbend in der Rubrik „Lebensrecht" im ultrarechten Komm-Mit-Kalender hingewiesen wird: den „Christdemokraten für das Leben", einer „Initiative in der CDU/CSU". Gegründet wurden die CDL 1985 auf Anregung des damaligen CDU-MdB **Claus Jäger** (heute: CDL-Beauftragter für Presse-und Öffentlichkeitsarbeit), der zugleich Mitgründer des „Christlich-Konservativen Deutschlandforums" (CKDF) ist.

Seit der CDL-Jahresmitgliederversammlung 1993 ist der Beitritt in den Verein nicht mehr an die Mitgliedschaft in der Partei CDU gebunden. Verabschiedet wurde von der Versammlung eine Resolution, in der es heißt: „Entschieden und ausdrücklich lehnen die Mitglieder der CDL jede Zustimmung oder gar Mitverantwortung für die zweideutige Politik der CDU-Führung in Sachen Lebensschutz ab."

Das Hauptreferat auf der letzten CDL-Bundesmitgliederversammlung am 12.November 1994 im Kurfürstlichen Schloß Mainz, zu dem sich rund 150 Mitglieder und Gäste einfanden, hielt der CSU-MdB **Norbert Geis**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Recht" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dieser forderte die Anwesenden dazu auf, „den Kampf" um ihre „politische Heimat" aufzunehmen und CDU/CSU „nicht den „liberalen Kräften" zu überlassen.

"Arbeitsgemeinschaft Lebensrecht"

Der 4.000 Mitglieder starke Verein gehört als Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Lebensrecht", einem Zusammenschluß von elf Lebensschutzverbänden mit rund 20.000 Mitgliedern, an; unter derem Dach sind u.a. versammelt: ALfA, CDL, „Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V." (JVL), „Pro Vita - Freiheitliche Initiative für das Leben"...

Über die Aktivitäten der „Christdemokraten für das Leben" informierte bis Ende letzten Jahres **Hans-Ulrich Kopp**, Redakteur der „Jungen Freiheit", regelmäßig in der rechtsintellektuellen Wochenpostille.

"Junge Freiheit" und "Vertriebene"

Als Organ steht den „Lebensschützern" das „CDL-Info" zur Verfügung. Nachgedruckt wurden dort auch schon Gedichte des Mediziners **Siegfried Ernst** (80), Bundesvorsitzender der stramm rechten „Europäischen Ärzteaktion e.V." und Vizepräsident der „World Federation of Doctors". CDL-Mitglied Ernst, über den u.a. die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation+Europa" sowie „Criticon", die „Junge Freiheit" im Zeitschriftenformat", lobende Worte fanden, war jahrelang für die CDU, gegen die er heute von rechtsaußen opponiert, als Stadtrat in Ulm tätig. Stellvertretender Bundesvorsitzender ist **Georg Götz**, der die Zahl der organisierten Abtreibungsgegner auf ca. 20 Gruppen und Initiativen schätzt.

Gründungsmitglied der 1975 ins Leben gerufenen „Europäischen Ärzteaktion" ist Professor **Erich Blechschmidt** (Jahrgang 1904), ab 1942 Direktor des Anatomischen Institutes der Universität Göttingen mit dem Hauptarbeitsgebiet Humanembryologie. Dort soll Blechschmidt „offenbar auch mit noch lebenden Embryos gearbeitet" haben (Barbara Ritter). Bücher und Bröschüren von ihm sind heute noch beim „Informationsblatt" der „Europäischen Ärzteaktion", der Postille „Medizin und Ideologie" (Auflage: 7.000 Exemplare) zu beziehen. Weiteres Gründungsmitglied der selbsternannten Lebensschützer ist **Wolfgang Borowsky**, einst Mitglied der „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess" und des „Schutzbundes für das deutsche Volk" (SdV), sowie Leserbriefschreiber in der antisemitischen Hetzpostille „Die Bauernschaft".

Zu Wort meldet sich im CDL-Info u.a. **Günter Willms**, Bundesrichter a.D. (1953 bis 1980), der auch in der „Jungen Freiheit" über „Die Neuregelung des Abtreibungsrechts als Prüfstein" philosophieren durfte. In der FAZ bezeichnete Willms den bundesdeutschen Staat als „Massentötungs-Komplize".

An der CDL-Spitze steht **Johanna Gräfin von Westphalen**. Die Gräfin, Mitunterzeichnerin des „Berliner Appells", ist zugleich Mitglied (wie beispielsweise auch Hubert Hüppe, Claus Jäger, Siegfried Ernst, **Nikolaus Lobkowicz**, Kuratoriumsmitglied des „Studienzentrums Weikersheim" sowie des Vereins „Bürger fragen Journalisten" und **Lothar Groppe**, Autor in den Postillen „Aula", „Der Schlesier", „Erneuerung und Abwehr", „Criticon") der über 800 Mitglieder umfassenden „Juristenvereinigung Lebensrecht" (JVL), der Juristen, Mediziner, Sozialwissenschaftler und Juristen angehören sowie Stiftungspräsidentin der „Stiftung Ja zum Leben", über die das „Deutschland-Magazin" in seiner Weihnachtsausgabe letzten Jahres lobende Worte fand.

Einer ganzseitigen Anzeige in „Criticon" (Nr.143) war zu entnehmen, daß die Gräfin auf dem II.Kongreß „Mut zur Ethik", der vom 23. bis 25.September 1994 in Feldkirch/Österreich von einer „Europäischen Arbeitsgemeinschaft" abgehalten wurde, referierte. Im Zentrum des Kongresses stand „die Frage nach dem Schutz der Familie und der heranwachsenden Jugend", die „als tragende Säulen unserer Kultur heute zunehmend zerstörerischen Angriffen ausgesetzt sind" - so die Einladung.

Der Sitz des Sekretariats von „Mut zur Ethik" befindet sich im schweizerischen Zürich und ist identisch mit der Adresse einer Organisation, die die Welt durch psychologische Menschenkenntnis retten will: die „Vereinigung zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis" (VPM).

Die VPM gilt mitsamt ihrer etwa zwanzig Schwestervereine als eine von Rechtsaußen aus politisierende Psychosekte, der es -im Gegensatz beispielsweise zu dem Sektenmoloch „Scientology" - nicht ums Geld, sondern um Kopf und Seele geht.

Bekanntestes CDL-Mitglied (neben **Roland Rösler**, CDU-MdL und stellvertretender CDL-Bundesvorsitzender, **Julia Schätzle**, baden-württembergische CDL-Landesvorsitzende, **Herbert Czaja**, von 1970 bis 1994 Präsident des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), **Hans Graf Huyn**, Aktivist des „Vereins Konservative Kultur und Bildung" und der „Kaiserlichen Hoheit" **Otto von Habsburg**, internationaler Paneuropa-Präsident) ist **Claudia Nolte** (am 7.Februar 1966 in Rostock geboren), Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Senioren. Diese blieb ihrer politischen Überzeugung treu und stimmte gegen das neue Abtreibungsrecht.

Barbara Ritter

VPM - Sekte für Akademiker?

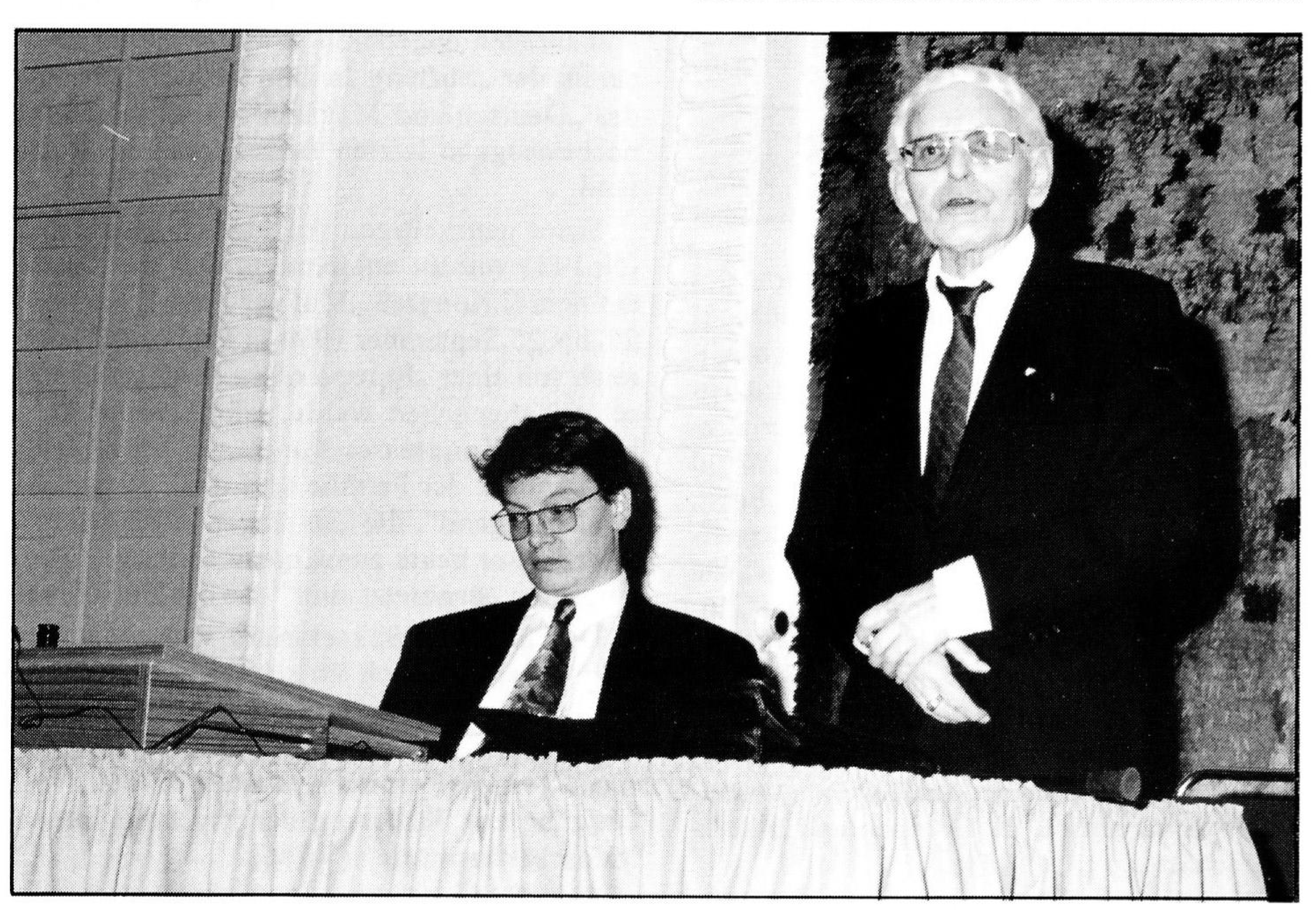
Als „Sekte für den Akademiker" charakterisieren die Herausgeber Ingolf Efler und Holger Reile den „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis" VPM: „Die Gefährlichkeit einer Gruppierung wie des VPM und seiner fanatisierten Anhänger liegt, langfristig gesehen, in der strategisch geschickten Bündnispolitik, die sozusagen auf die 'Mitte' zielt und eine Klientel wie Ärzte, Psychologen, Therapeuten, Erzieher und Lehrer anspricht." Tatsächlich erfährt der VPM als angeblicher „interdisziplinär arbeitender Fachverein" bereits massive politische Unterstützung aus bürgerlich-konservativen Kreisen.

Wer über die ideologischen und personellen Verbindungen dieser aggressiven Weltanschauungsgemeinschaft mit dem intellekutellen Rechtsextremismus mehr wissen will, sollte sich das neue Taschenbuch nicht entgehen lassen, das - wie nicht anders zu erwarten - bereits vor der Veröffentlichung vom VPM angegriffen wurde.

Holger Reile zeichnet zunächst die Geschichte des VPM von der anarchistisch-libertären Psychogruppe zum „politisch erzkonservativen Psycho-Unternehmen". Interessantes Hintergrundswissen vermittelt der Erfahrungsbericht von Brigitte Buddemann, die Mitte der 70er Jahre in den VPM geraten ist. Von eher akademischem Interesse sind die Ausführungen über das Verhältnis der alten Züricher Schule und des VPM zur Religion (Gerd Adler) und über den Wissenschaftsanspruch des VPM (Wolfgang Michaelis). In den Gesprächen mit dem ehemaligem VPM-Funktionären Henry Goldmann und Klaus Christoph wird deutlich, daß der VPM nicht nur Kongresse des intellektuellen Rechtsextremismus organisiert, sondern „speziell mit Menschen Kontakt aufnimmt, die Hilfe brauchen" und „die Jugend radikal vereinnahmt."

Zwei Beiträge über den rüden Umgang des VPM mit seinen Kritikern (von der Berliner Sektenbeauftragte Monika Schipmann und dem Journalisten Stefan Borkert) enthalten wichtige Hinweise, machen aber andererseits nicht gerade Mut, sich mit Ideologen des VPM anzulegen.

Als eine Fundgrube für Interessierte an dem Thema „Braunzone" gestaltet sich das zentrale Kapitel „Bündnispolitik: VPM und die Konservative Revolution" von Ingolf Efler. Politische Brisanz erhält der Verein mit seinen ca. 4000 VPM-Mitglieder nämlich erst durch seine konservativen bis rechtsradikalen Unterstützer, vor allem aus Politik und Wissenschaft, die sich in der FAZ-Anzeige und als Redner und Mitveranstalter des Bregenzer Kongresses vom Herbst 93 zu erkennen gegeben haben.Über den Kongreß, den der VPM erstmals mit rechter Politik- und Lebensschützer-Prominenz vor einem über 1000 köpfigem akademischen Publikum abhielt, berichtet Efler mit Zitaten aus Beiträgen von **Gerhard Löwenthal**, Dr. **Ralph Kaiser** (VPM) **Heinz Matthias** (ACP) **Lothar Bossle** und Prof. **Erik von Kuehnelt-Leddihin**. Obwohl letzterer mit den abgeschmacktesten Sprüchen auffällt, bleibt sein politischer Hintergrund durch Efler unerforscht. Der Folgekongreß von 1994 wird unverständlicherweise nur kurz erwähnt.



Dr. med. Rolf Köster, Zürich, VPM - Spezialist für Drogenfragen und Dieter v. Glahn (rechts), Hannover, Konservative Sammlung, im Congress Centrum Hannover

Unter der Überschrift „Rechte Mesalliancen in Deutschland" wirft Efler dann einen langen Blick auf die Geschichte einiger Gruppierungen und Figuren des rechten Randes, die den VPM unterstützen.

Fast minutiös behandelt Efler „eine der schillerndsten Figuren der deutschnationalen Altrechten", **Dieter von Glahn**, (Hannover, 1952 mit seiner Partisanenaffäre aufgeflogen, heute Vorsitzender der „Konservativen Sammlung"). Ausführlich geht er auf die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) ein, die „aggressiv-antikommunistische Hardliner" versammelt, unter ihnen Prof. **Martin Kriele**, der sich als Gutachter für den VPM im Rechtsstreit wegen einer Sektenbroschüre profilierte.

Fast ermündend ausgebreitet werden Lothar Bossle mit seinem Institut für Demokratieforschung, die „Konservative Aktion" bzw. " -Sammlung" Ludek Pachmanns und ihre undurchsichtigen Spendengeldgeschäfte, der Mun-Sekten Ableger CAUSA Deutschland e.V., mit den Professoren **Rohrmoser**, **Hornung** und **Löw** als Referenten, und die diversen Gruppen der LaRouche-Organisation.

Nur kurz behandelt Efler dagegen das Studienzentrum Weikersheim, bevor er auf die „rechten Mesallianzen in Österreich" (warum eigentlich „Mes-"?) zu sprechen kommt, vor allem katholische fundamentalistische Zeitschriften („der 13.","Die weise Rose").

Hugo Stamms „Der VPM in der Schweiz" ergänzt das Kapitel über den strammen Marsch nach rechts. Im Gegensatz zur BRD hat sich der VPM mit seinen rechten und fundamentalistisch christlichen Bündnispartnern in der Schweiz politisch ins Abseits manövriert.

Am Ende seines Kapitels geht Efler auf die „tragenden Meinungsbrücken zwischen Psychosektierern und der Neubauten Rechten" ein, das simple Feinbild vom „Altachtundsechziger" als Wurzel allen Übels: „VPM und Neue Rechte eint sowohl die Klage über die angebliche Hegemonie der Linken in Politik und Medien, die es zu brechen gelte, als auch die Selbststilisierung als die einzig wahre Opposition" (133). Wie es zu dieser Allianz komme, erklärt Efler (unter Rückgriff auf Hansjörg Hemminger von der Evangelischen Zentrale für Weltanschauungsfragen) aus der Orientierungslosigkeit und Zukunftsangst, die sich auch ins bürgerliche Milieu gefressen habe. „Gerade Lehrer, Psychologen und Mediziner scheinen hier ein neues Bedürfnis nach Selbstvergewisserung zu haben. Sie müssen erleben, daß sie in der Skala des Sozialprestiges zumindest vom Abrutschen bedroht sind." Seine Diagnose: Kulturpessimismus, verdrängte Aggressionen und „Verfolgungsängste und aggressiv-eltiäteres Sendungsbewußtsein, das politisch schlicht darauf abzielt, sich die Privilegien wieder zurückzuholen." (136)

Leider vollständig ausgeblendet bleiben in der Darstellung der neuen VPM-Bündnispartner die versammelten „Lebensschützer", von denen immerhin vier Organisationen (darunter drei, die im ärztlichen Bereich wirken) Mitveranstalter der Kongresse waren. Und nicht nur eher groteske Gestalten wie Dr. **Siegfried Ernst** (Europäische Ärzteaktion) traten als Redner auf, sondern auch Prof. **Wuerme-**

ling, Vorsitzender der Ethikkommission der Bayrischen Landesärztekammer, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesärztekammer und Mitglied der „Juristenvereinigung Lebensrecht“ (Ziehvater des „Erlanger Babys“) sowie prominente Vertreterinnen der „Christdemokraten für das Leben“, deren politischer Einfluß auf die § 218-Beratung durchaus beträchtlich ist. Dieses Manko ist um so unverständlicher, als sich an diesem Punkt die Strategie des VPM, Multiplikatoren im medizinisch-therapeutischen Bereich anzuwerben, hätte deutlicher machen lassen, als über altrechte Haudegen und wissenschaftlich kaum ernst zunehmende Skandalprofessoren aus den Fachbereichen Soziologie und Politologie.

Wie der VPM im Bereich der Schulen, und dort nicht allein auf Seiten der Lehrerschaft Fuß faßt, bleibt gänzlich außen vor, obwohl sich z.B. auf einer der frühesten Unterstützerlisten für den VPM ein „Vorstand Elternverein Köln“ und ein „Landeselternbeirat Baden-Württemberg“ einfinden. Recherche an dieser Stelle wäre wirklich zu wünschen.

„VPM-Mitglieder arbeiten häufig klandestin und outen sich oft nur, wenn sie mit entsprechenden Fragen konfrontiert werden“ schreiben die Herausgeber in der Einleitung. Doch für Leute mit einem so konkreten Erklärungsbedarf ist das Buch nicht geschrieben. Zu den vom VPM besetzten Themen „Gewalttätigkeit und Verwahrlosung der Jugend“, Schulreform, Drogen- und AIDS-“Präventionskonzepte“ bleibt das gesamt Buch völlig allgemein und nur auf Nebensätze beschränkt, und es vermittelt keinen Eindruck von der konkreten Wühlarbeit des VPM in den Bereichen Erziehung und Medizin.

Ärgerlich stößt einem bei der insgesamt stattlichen Sammlung von einschlägigen Namen der Braunzone auf, daß das Buch kein Register hat. Das erschwert das Arbeiten enorm. Die schöne Fundgrube gerät so bedauerlicherweise zum unüberschaubaren Wühltisch.

rororo Sachbuch, DM 14,90: VPM - Die Psychosekte; von Ingolf Efler und Holger Reile (Hg.)

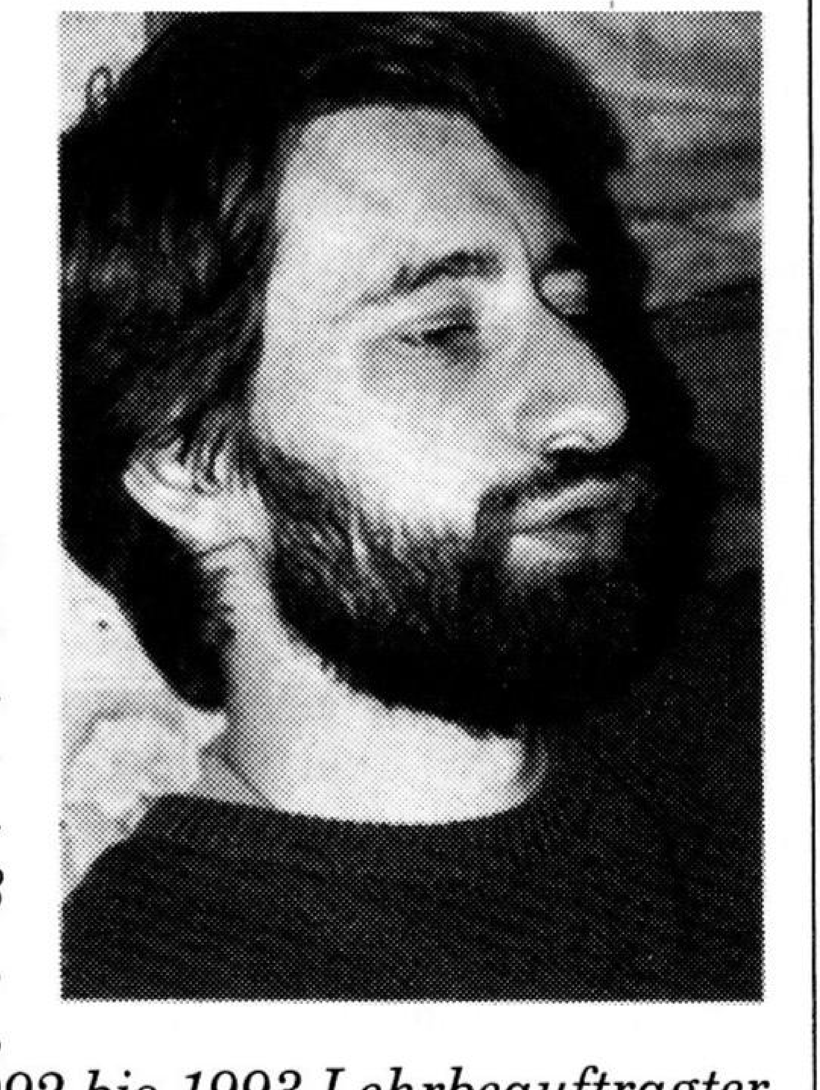
Ironymus

Staatlich angestellter Antifaschist?

Armin Pfahl-Traughber, seit über einem Jahr beim Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz beschäftigt, wurde aufgrund äußerer Umstände zu diesem Schritt gleichsam gezwungen. Armin Pfahl-Traughber, bis dato Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Marburg, war wenig Glück beschieden bei seiner Literatur-Recherche in der rechtsextremen Szene. Der NPD-Funktionär und Chef des „Studentenbundes Schlesien“ **Hans-Michael Fiedler** outete Pfahl-Traughber schon Anfang der 90er Jahre mehrmals in den „Nachrichten des Studentenbundes Schlesien“: „Der beim Beschaffen nationaler Literatur unter Tarnname entlarvte Armin Pfahl-Traughber wird immer besser als 'intellektuelle Stütze des liberalen Systems' erkennbar: Er ist der freimaurerisch-liberalen 'Friedrich-Naumann-Stiftung' als Referent gut.“ So von den braunen Quellen abgeschnitten blieb, ihm nichts anderes übrig, als den Schritt in die Höhle des Kölner Löwens zu wagen. Er heuerte beim BfV an.

Auch ein Hans-Michael Fiedler, er erleidet im übrigen ebenfalls beim Führen des „Demokratischen Dialogs“ („vormals 'Anti-Antifa'“) mitunter Schiffbruch, irrt nicht ausschließlich. Tatsächlich erweist sich Pfahl-Traughber als fleißige Stütze des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Beispielsweise publiziert er im von **Uwe Backes** und **Eckhard Jesse** herausgegebenen „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“ - Professor Jesse vermochte vor Jahren nichts Extremistisches an der „Jungen Freiheit“ entdecken - , im von **Bernhard Christian Wintzek** 1965 gegründeten Periodikum „MUT“ oder in „Das Parlament“.

Leider vergißt Pfahl-Traughber bei (schriftlicher) Kontaktaufnahme mit AntifaschistInnen mitunter den Hinweis auf seine hauptberufliche Tätigkeit. Er sei hiermit nachgeholt.



Dr. Armin Pfahl-Traughber, Jahrgang 1963, studierte Politikwissenschaften, Soziologie, Neuere Geschichte und Philosophie an den Universitäten Duisburg und Marburg, 1986 Diplom-Politologe, 1988 Diplom-Soziologe, 1992 Dr. phil., freier Publizist; 1992 bis 1993 Lehrbeauftragter an der Universität Marburg, seit 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, Abt. Rechtsextremismus; zahlreiche Veröffentlichungen, meist im Bereich der Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung. Buchveröffentlichungen: Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat, Wien 1993; Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994 (192 S., 19,80 DM); Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, 2. erweiterte Auflage 1995 (256 S., geb., 48,- DM). Der Beitrag geht auf einen Vortrag an der Universität Darmstadt zurück und wird aus Sicht der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung formuliert.

Faksimile aus der rechten Hochglanzzeitschrift MUT Nr. 334, Juni 1995

Nachtrag zum 17. Juni

“Statt des Parlaments als eines Symbols deutscher Demokratie, das von Nationalsozialisten und Kommunisten gleichermaßen verleumdet und abgeschafft wurde, sollte sich Christos Verpackungsaktionen jener T34-Panzer bemächtigen, die als Sinnbild sowjet-kommunistischer Unterdrückung noch heute die Straße des 17. Juni säumen”, empfahlen die Unterzeichner des Aufrufs “17. Juni 1953 - Gegen das Vergessen”. Am 17. Juni setzte ein Großteil der Unterzeichner mit Hilfe zweier “Junge Freiheit”-Redakteure ihre Empfehlung in die Praxis um.

Gegen 12.00 Uhr Mittag wurde eine T 34-Attrappe, die von einer Film-Requisitenfirma geliehen war, an die Bannmeile gebracht. Anschließend verpackten **Heimo Schwilk** für die “Initiative 8. Mai”, **Harald Strunz** für die “Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft”, **Sigmar Faust** für die “Vereinigung der Opfer des Stalinismus”, Landesverband Berlin-Brandenburg, **Xing-Hu Kuo** für das “Bautzen-Komitee”, **M.O. Rüdiger** für den “Demokratischen Club Berlin”, **Alexander Hussock** für die Hilfsorganisation “Held e.V.” und **Jens Falk** und **Dieter Stein** von der “Jungen Freiheit”, die Attrappe mit 60 Quadratmetern biologisch abbaubarem Vorhangstoff.

Angeblich soll die Aktion unter reger Anteilnahme zahlreicher Schaulustiger von statten gegangen sein, die teilweise selbst Hand angelegt haben sollen. Große mediale Beachtung fand die PR-Aktion jedoch nicht. Dafür hat die “Junge Freiheit” in ihrer Ausgabe vom 23. Juni unter der Überschrift “Christo kann einpacken, Protest gegen Reichstagsverhüllung: Erinnerung an den 17. Juni 1953”, ausführlich darüber berichtet. Desweiteren betreibt sie exklusiv die Vermarktung des “Gedenkens”. Neben Protestpostkarten und Plakaten, auf denen die Zeichnung eines verpackten T 34 abgebildet ist, vertreiben sie eine Rede von **Ulrich Schacht** zum 50. Jahrestag des 8. Mai 1945: “Das Maß der Erschütterung”. Handsignierte Plakate kosten 20.- DM.

Die Selbststilisierung der “89er” kennt keine Grenzen.

Klaus-Dieter Löffelstein & V. Pilot

Braunschweiger CDU unterstützt "neurechte" Youngster

Robert Hepp zu Gast beim "Arbeitskreis Junger Konservativer"

Als sich am 14.Juni 1995 etwa zehn, vornehmlich ältere Herren auf Einladung des "Arbeitskreises Junger Konservativer" (AJK) in der Gaststätte „Zum Löwen" einfanden, schien 'gute Unterhaltung' vorprogrammiert. Schließlich war es den zumeist studentischen Veranstaltern gelungen, den für seine ungeniert reaktionären Ausfälle berüchtigten und TV-erprobten Osnabrücker Professor für Soziologie Robert Hepp als Referent zum Thema "Multikulturelle Gesellschaft" zu gewinnen.

Robert Hepp, der neben seiner publizistischen Tätigkeit für rechte Zeitschriften wie die "Junge Freiheit" (JF), „Criticon" oder **Hans Dietrich Sanders** "Staatsbriefe" auch eine größere Zahl 'wissenschaftlicher' Abhandlungen über den die Deutschen angeblich bedrohenden "Volkstod in der Form wachsender Überfremdung" verfaßt hat, gehört zur Prominenz der bundesdeutschen "Neuen Rechten", wird, zumindest in den eigenen Reihen, als einer ihrer Vordenker und wissenschaftlichen Koryphäen gehandelt.

Zu etwas anderslautenden Einschätzungen von Person und Werk kamen da allerdings über 100 wissenschaftliche MitarbeiterInnen der Universität Osnabrück/Vechta, darunter über 60 ProfessorInnen, als sie ihrem Kollegen in einer "Öffentlichen Erklärung in Sachen Robert Hepp" attestierten:

"Wissenschaftlich gesehen halten wir Hepps Äußerungen für pseudoakademisch verbrämte Ansammlungen hetzerischer Klischees. Unter politischen Aspekten vertreten wir die Auffassung, daß Hepp jener Richtung in die Hände arbeitet, die durch Forcierung der sog. 'Überfremdungsdiskussion' eine Massenbasis für den Neofaschismus zu finden hofft. Moralisch betrachtet widert die menschenverachtende Einstellung uns an." Professor Robert Hepp - dessen Rundumschläge gegen Homosexuelle, MigrantInnen oder 'unfruchtbare Emanzen' sich in allen Fraktionen der deutschen Rechten allgemeiner Beliebtheit erfreuen und der militanten Neonazis schon mal jovial mit dem Tip zur Seite springt: "Es hilft nichts, 'Ausländer raus' zu schreien, wenn man nicht gleich hinzufügt: 'Deutsche rein!" - er reiht sich mit seinem Referat nahtlos ein in ein Vortragsprogramm, zu dem der AJK seit seinem Bestehen schon mehrfach rechte Protagonisten dieses Schlages eingeladen hat.

Der im November 1993 aus der Taufe gehobene "Arbeitskreis Junger Konservativer" ist eine Gemeinschaftsgründung rechter RCDS-Mitglieder (RCDS = Ring Christlich-Demokratischer Studenten), Verbindungsstudenten der Alemannia und Burschenschaftern der Thuringia. Letztere hatte sich in Braunschweig bereits vorher u.a. durch Veranstaltungen mit dem langjährigen JF-Redakteur **Hans-Ulrich Kopp** oder dem in der Nazi-Postille "Der Einblick" für sein "Anti-Antifa"-Engagement lobend erwähnten Professor **Klaus Motschmann** aus Berlin einen einschlägigen Namen gemacht. Zunächst im "Herzogtum Braunschweig" und inzwischen im "Braunschweiger Land" beheimatet, bekennt sich der Arbeitskreis unumwunden zu seinen ideologischen Wurzeln, die in einem regionalen JF-Leserkreis zu verorten sind. Auch ehemalige FunktionsträgerInnen des "Bund Heimattreuer Jugend" und Mitglieder der "Hochschulgilde 'Schwarzer Herzog'", gehören von Beginn an zu jenem Kreis, der sich "die Konservative Revolution im Deutschen Volke" voranzutreiben auf die schwarz-weiß-roten Fahnen geschrieben hat.

Initiator dieser illustren Runde war das CDU-Mitglied **Frank Bötzkes**, der sich neben seinem Studium als freier Mitarbeiter der JF und zeitweiliger Vorsitzender des hessischen Ablegers des vornehmlich aus nationalistischen CDU-Mitgliedern bestehenden „Christlich Konservativen Deutschland Forums" (CKDF) verdingte. Bötzkes, der aus seiner politischen Nähe zu Ex-CDU- und inzwischen REP- **Krause** niemals einen Hehl machte, ist es auch zuzuschreiben, daß neben der Vortragstätigkeit von bekannteren "Neuen Rechten" wie **Karlheinz Weißmann**, des ehemaligen Berliner REP-Professor **Klaus Weinschenk** oder **Caspar von Schrenck-Notzing** (Herausgeber von „Criticon"), auch die lokale CDU-Prominenz beim AJK vorstellig wurde.

Viel Überzeugungsarbeit sollte dafür allerdings nicht nötig gewesen sein, gehört doch die Braunschweiger CDU in Wort und Tat eher dem rechten Parteiflügel an. So griff vor etwa einem dreiviertel Jahr, am letzten 'Volkstrauertag', der CDU-Ratsherr und Kriminalpolizist **R. Manlik** TeilnehmerInnen einer genehmigten Kundgebung für die Opfer eines Braunschweiger Konzentrationslagers an, weil er sich durch diese Veranstaltung bei seiner gemeinsamen Kranzniederlegung mit Alt-Nazis der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger am benachbarten Schillerdenkmal gestört fühlte, die gleichzeitig stattfand. Erst ein Prozeß vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig mußte angestrengt werden, um die Rechtswidrigkeit von Manliks Attacke und des daraus resultierenden Polizeieinsatzes gegen die antifaschistische Kundgebung festzustellen. Auch das sich die regionale Junge Union seinerzeit hinter die Kandidatur **Steffen Heitmanns** stellte, gegen eine CDU-Wahlkampfzeitung Anzeige wegen Verdachts auf Volksverhetzung gestellt wurde, oder das der Staatsanwalt und erste Bürgermeister **Volker Lenz** (CDU) Zuschüsse zu einem Fest junger Schwuler zunächst rechtlich geprüft wissen will, weil drohe, daß der Veranstalter dort minderjährige "zur Homosexualität einwerben könnte", läßt eine gewisse Geistesverwandtschaft zum AJK vermuten.

Folgerichtig referierte, auf jungkonservative Einladung hin, der inzwischen zum Braunschweiger Europaabgeordneten gewählte **Joachim Clemens** (CDU) im Jahre 1994 über die in seinen Augen - trotz faktischer Abschaffung des Artikel 16 - weiterhin unzulängliche Regelung der Asylgesetzgebung, womit er seinem bei Braunschweiger DemokratInnen nicht gerade untadeligen Namen ein weiteres Mal gerecht wurde. Bereits 1982 machte der Rechtsanwalt, damals als Bundestagsabgeordneter, bundesweit einschlägig auf sich aufmerksam, weil er es sich nicht verkneifen konnte, sich an einem Antrag an den Bundestag zu beteiligen, in dem die Verurteilung des Kriegsverbrechers und Hitlerstellvertreters **Rudolf Heß** als "umstritten" bezeichnet und dessen sofortige Freilassung gefordert wurde. Weiterhin sollten damals der SS-Obersturmbannführer **Walter Reder**, der am 29.September 1944 1.830 ZivilistInnen erschießen ließ, **Erich Koch**, ehemaliger Reichskommissar für die Ukraine und verantwortlich für die Verschleppung von 1,9 Millionen ZwangsarbeiterInnen sowie **Franz Fischer** und **Ferdinand aus der Fünten**, beide maßgeblich an der Deportation von 140.000 jüdischen NiederländerInnen, endlich aus "ausländischer Haft" entlassen werden. Die Urteile seien zum Teil "international umstritten", hätten "jeden rechtsstaatlichen und moralisch vertretbaren Sinn verloren". Zur weiteren Untermauerung ihres Anliegens wurden die inhaftierten Kriegsverbrecher schlicht zu "Kriegsverurteilten" erklärt, für deren Freilassung "mit größtem Nachdruck zu intervenieren" sei. Ein wahrer Rechtsanwalt - wörtlich genommen.

Auch der in Braunschweig für seine konservative Moralisiererei berüchtigte ehemalige Domprediger **Armin Kraft**, zeitweilig als Landtagskandidat der CDU im Gespräch, war mit dem Vortrag "Wie kann die Kirche vor linker Ideologisierung geschützt werden?" im AJK-Programm vermerkt, bis nach Protesten erst der Titel 'entschärft' und dann das ganze Referat zurückgezogen wurde. Das in diesem Reigen auch der ehemalige niedersächsische Innenminister **Hasselmann** (CDU) nicht fehlen durfte, versteht sich von selbst.

Ein Info-Reader und Veranstaltungen zur "Neuen Rechten" des AStA der Technischen Universität und nicht zuletzt die Kundgebungen des "Antifaschistischen Plenums" und der "Jugend Antifa Aktion" haben inzwischen dafür gesorgt, daß der AJK seine letzten Zusammenkünfte statt 'in Burschenhäusern' und vorher angekündigt nun 'auf Stillen Örtchen' und intern mobilisiert durchführen mußte; mit entsprechender Rückendeckung wiederum der lokalen CDU. Diesmal in Person des Stadtplaners, Gastronomen und langjährigem Kreisvorsitzenden **Reinhold Schadt** und dessen Gaststätte "Zum Löwen"; selbstverständlich auch, oder sollte man vermuten gerade, im Fall des Soziologie Professors Robert Hepp.

Die Autoren sind Mitarbeiter der d.i.p.-Agentur

Olaf Goebel

„Deutsche, kommt mit erhobenen Händen heraus!“

... ruft Carlo durch das gesprengte Loch in der Kasernenmauer. Nichts rührt sich. Die zweite Explosion zerstört die Hälfte des Wehrmachtsgebäudes. Carlo wiederholt seine Aufforderung, von innen wird deutlich ein „Nein“ gerufen. Die dritte Explosion läßt die oberen drei Stockwerke einstürzen. Wer von den deutschen Soldaten jetzt noch lebt, stirbt im Kugelhagel der italienischen Partisanen.

Das war vor über 50 Jahren. Heute schreiben wir das Jahr 1995. Der Erzähler Carlo heißt mit bürgerlichem Namen Mario Mandolesi und war Kommandant der Partisanengruppe „Pisacane“, einer vom vielen Brigaden der Division „Nino Nannetti“. Carlo erzählt noch viele Geschichten dieser Art an diesem Abend. Er ruft die Erinnerung wach an den Widerstand der zahlreichen Partisaneneinheiten (insgesamt kämpften dort zwischen 3.000 und 5.000 Männer und Frauen), die ab Sommer 1943 bis zur Befreiung am 25.4.45 gegen die deutschen Besatzer und die Faschisten in Norditalien kämpften.

Hier sitzt auch schon der erste Widerspruch. Die einen Partisaneneinheiten kämpften gegen die deutschen Besatzer, für ein befreites, die anderen kämpften gegen die italienischen und deutschen Faschisten, für ein kommunistisches Italien. Der Widerspruch zieht sich bis heute durch die Partisanen. Der Kampf sei seit 50 Jahren beendet; ihr Widerstand Teil der Vergangenheit und das sei richtig so, erklären die einen. Die anderen, zu denen auch Carlo gehört, ziehen eine politische Linie bis heute. Er und weitere führende Partisanen sehen es als ihre Pflicht an, auch heute zum Widerstand aufzurufen „gegen die Kräfte und Ursachen, die auch heute noch den Faschismus begünstigen: das Großkapital, die ökonomische Krise, die soziale Ungleichheit, die militärischen Konflikte und die Ungerechtigkeit zwischen den Völkern. Die Gefahr ist noch nicht gebannt,“ schreiben sie in einer Erklärung. Der Sieg sei noch nicht errungen, solange versucht wird, den Antifaschismus und den Widerstand zu delegitimieren. Es geht darum einen langandauernden Kampf, der im Volk verankert ist, zu organisieren. Mit diesem Ziel riefen die Partisanen für die Zeit vom 22. bis 30. Juli 1995 zu dem antifaschistischen Camp „Nino Nannetti“ in Tambre d'Alpago, in der Nähe von Belluno auf. Es war das erste dieser Art und soll zu einer festen alljährlichen Einrichtung werden. Die diesjährige Parole lautete: „Der Pfad des Widerstandes bildet die Brücke in die Zukunft!“.

Unterstützt wurde das Camp von der „Rifondazione Comunista“(Kommunistischen Erneuerung), einer Abspaltung der PCI, der alten kommunistischen Partei Italiens. Die „Rifondazione“ war zu den 50. Befreiungsfeierlichkeiten am 25.4.95 heftig mit der anderen PCI-Abspaltung PDS aneinander geraten. Die PDS hatte zu ihrem Parteikongress die Faschisten **Fini** und **Berlusconi** eingeladen und sich mit ihnen an einen Tisch gesetzt. Ein Unding für die „Rifondazione“. Konsequent führte dann aber die PDS diese Linie der Versöhnung fort und bezeichnete den antifaschistischen Widerstand als überholt und historisch einmalig. Um das Faß zum Überlaufen zu bringen, sprach sie sich auch noch für den Kriegseinsatz in Jugoslawien aus.

Das war vielen Partisanen innerhalb und außerhalb der Partei zu viel. Das antifaschistische Camp sollte eine Anwort darauf sein. Die Jugend Italiens und AntifaschistInnen aus anderen Ländern waren eingeladen zur Debatte über die Vernetzung der linken Kräfte, zur Diskussion über Jugoslawien, zum Erfahrungsaustausch zwischen jung und alt und den verschiedenen Ländern. Gekommen waren nicht viele. Insgesamt waren vielleicht 20 Zelte mit 40 Personen auf dem Camp zu sehen. Zu den allabendlichen Veranstaltungen kamen aber immer mehr Menschen zusammen. Interessierte aus den umliegenden Dörfern fanden sich ein im „Sozialen Zentrum“ von Tambre d'Alpago und gaben den Abenden eine eigene Note. Zwischen 50 und 100 Leute beteiligten sich am Ablauf und den Diskussionen. Auf dem Programm standen unterschiedlichste Themen: „Männer und Frauen im Widerstand“, „Die Rebellion in den Bergen: Alpinismus und Antifaschismus“, „Der Krieg und die internationale Dimension“, „Die militärische Formation der Partisanen in der Zone von Piave“ usw.. Die Abende verliefen zuweilen in hitzigen, lauten Debatten oder ruhigem, fasziniertem Zuhören; Dorfbewohner standen spontan auf und erzählen ihren Weg zu den Partisanen; andere fragten nach und wollten es genauer wissen. Kein Veranstaltungsabend endete vor 1.00 Uhr nachts. Carlo wies immer wieder auf die Verantwortung für die Kämpfe heute hin. Er forderte die Diskussion über den Krieg in Jugoslawien und Aktionen dagegen. Die Idee wurde praktisch und eine Demonstration zog zur nahegelegenen US-Airbase, über die ein Großteil des Nachschubs der UNO-Truppen organisiert wird.

Höhepunkt des zehntägigen Camps war ein Gedenken an die toten Partisanen in Pian Cansiglio. Ungefähr 200 Menschen folgten dem Aufruf. Später traf man sich wieder im „Sozialen Zentrum“ und diesmal auch heftigst aufeinander. Die Konfrontation drehte sich um



Nach dem Sieg über den italienischen Faschismus: Antifaschistische Kundgebung in Triest

die Betrachtung der Geschichte, die Legitimation des antifaschistischen Widerstandes heute und die Kriegseinsätze auf dem Balkan. Interessanterweise war die Position der Mehrheit der Anwesenden, die im Gegensatz zu Deutschland nicht vorwiegend aus Jugendlichen bestand, klar und deutlich: antifaschistischer Widerstand war und ist legitim und unbedingt notwendig; ein Militäreinsatz in Jugoslawien unter keinen Umständen gerechtfertigt. Dieser Mehrheitskonsenz ist ein harter Schlag für die reformistische PDS.

Carlo vergaß auch nicht die Zeit nach der Befreiung. Die Geschichtsbücher Italiens würden noch heute nicht davon berichten, daß

die amerikanischen Truppen in ein bereits befreites Gebiet in Norditalien einmarschierten. Mir kamen die Sätze des Thüringischen Ministerpräsidenten zum 50. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald in den Sinn: „Vor 50 Jahren, als die Amerikaner Buchenwald befreiten...". Die selbe Lüge, denn die Häftlinge hatten das Lager bereits befreit. Doch die Parallelen der Geschichtsumschreibung gehen weiter. Anstatt geehrt oder zumindest als Kriegsteilnehmer anerkannt zu werden, wurden die Partisanen verfolgt und ein Großteil mußte ins Ausland fliehen, weil ihre Taten gegen die Faschisten von der Justiz geahndet wurden. Außerdem hatten sich viele Partisanen bei ihren Verhaftungen vor dem 25.4.45 nicht als solche zu erkennen gegeben, sondern Delikte erfunden, um nicht als Widerstandskämpfer identifiziert zu werden und so zu überleben. Sie alle saßen wegen dieser erfundenen Delikte ihre Strafe bis weit nach Beendigung des 2. Weltkrieges ab. Auch in Deutschland wird vielen Lagerhäftlingen eine Wiedergutmachung verweigert und die Urteile durch Nazi-Richter nicht revidiert. Die italienischen Partisanen gründeten nach 1945 eine Unterstützerorganisation, um sich gegenseitig zu unterstützen und Nazikriegsverbrecher zu identifizieren und zu überführen. Zahlreiche Täter wurden von der BRD nicht ausgeliefert und konnten so ihrer gerechten Strafe entkommen. In Italien zog eine illegale Gruppe namens „La volante rossa" daraus Konsequenzen. Sie ermittelten führende italienische Faschisten und erschossen sie.

Carlo berichtet auch vom Alltag der Partisanen. Nie durfte eine Brigade sich länger als eine Nacht irgendwo aufhalten, jeder Einkauf bei der Bevölkerung wurde bezahlt. Diebstahl oder Bedrohung des Volkes war verboten und es gab sie auch nicht. Neben jedem militärischen Kommandant stand ein politischer Kommissar, der militärische Aktionen nach politischer Tauglichkeit einordnete und entweder erlaubte oder verbot.

Als die Amerikaner begannen, den Partisanen per Flugzeug Hilfsgüter zu schicken, begannen sie auch mit der Einordnung der Widerstandskämpfer in gute und böse, berichtet Carlo leicht ironisch. Die christdemokratischen Einheiten wurden mit Waffen und Munition beliefert, waren immer elegant gekleidet, rauchten und aßen Schokolade. Für die Kommunisten hingegen wurde ausschließlich Sprengstoff abgeworfen, sie litten Hunger und liefen zerlumpt umher. Sprengstoff zwar ein sehr effektives Werkzeug im Partisanenkrieg gewesen, meint Carlo, implizierte aber auch immer risikovollere und verlustreichere Operationen.

Der „Comandante" vergißt auch nicht die Rückschläge. Die erste Gruppe, die sich in die Berge begab, bestand aus fünf Männern. Nach einer Woche lebten vier von ihnen nicht mehr. Einer war ein Verräter, der mit den Deutschen zusammenarbeitete und die Gruppe umgebracht hatte.

Ob sie solche Erfahrungen nicht grausamer werden ließen, wird er aus dem Publikum gefragt? Carlo verneint diese Frage und schon ist er bei der nächsten Geschichte: „Einmal hielten wir eine Ambulanz an, um einen verletzten Genossen zu versorgen. In dem Wagen lag schon ein ebenfalls verletzter Deutscher. Wir warfen ihn nicht auf die Straße, wie sie vielleicht denken. Nein, wir legten unseren Mann dazu und pflegten beide gesund.".

Die Erinnerung an die Vergangenheit floß als Verpflichtung in die Diskussionen auf dem Camp ein. Auch wenn es noch klein war, war es ein erster wichtiger Schritt für ein größeres im folgenden Jahr und für ein gemeinsames antifaschistisches Bewußtsein um Geschichte und Gegenwart. Es war wie erhofft, „eine Brücke in die Zukunft.". Alle beteiligten italienischen und ausländischen Gruppen versprachen, sich aktiv am nächsten Camp zu beteiligen und dafür zu mobilisieren.

Wir planen eine Rundreise mit den Partisanen. Wer genaueres dazu oder dem antifaschistischen Camp wissen will, wende sich an: Bildungswerk Anna Seghers e.V., Werderstr.8, 65195 Wiesbaden, Tel.: 0611/ 440887, Fax 0611/9490751.

Gertrud Selzer

"Narvik, Rotterdam, Korinth, Kreta und Cassino sind Stätten unserer Siege"

Mit der Saarlandbrigade zurück in die Zukunft

Die Saarlandbrigade (Luftlandebrigade 26) mit ihren Standorten im Saarland (Merzig, Lebach, Saarlouis), Rheinland-Pfalz (Zweibrücken) und Baden-Württemberg (Phillippsburg) gehört zur AMF, der mobilen Eingreiftruppe der NATO. Die Fallschirmjäger der Saarlandbrigade bilden eine Eliteeinheit, die für die außenpolitischen Überlegungen der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung ist.

Sie war am Somalia-Einsatz 1993 federführend beteiligt, im September 1994 an einem NATO-Manöver in Kurdistan und im Juli dieses Jahres ist Oberst **Hans Heinrich Dieter**, der Kommandeur der Brigade in Saarlouis zum "nationalen deutschen Befehlshaber in Kroatien ernannt worden." (Saarbr. Ztg. 25.7.95). In der Öffentlichkeit präsentiert er sich als "soldatischen Vollprofi" mit "Interesse an Zeit- und Militärgeschichte" und als "glänzender Stratege" (Merziger Stadtanzeiger 26.7.95).

Die Eroberung von Kreta als Heldentat

Bei der Saarlandbrigade legt man Wert auf Tradition. In den Werbebroschüren feiert die Brigade die nationalsozialistischen Eroberungsfeldzüge als militärische Leistungen. *"Schon im Zweiten Weltkrieg waren die Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht eine besondere Truppe - ihre Waffentaten am Fort Eben Emael, auf Kreta oder am Monte Cassino sind Legende geworden und werden auch von vielen Gegnern gerühmt."* Jährlich finden an den Standorten der Kasernen sogenannte Kreta-Gedenkfeiern statt. Jedoch nicht um den Ermordeten Kretern und deportierten Juden zu gedenken.

Die Nachfolger der Eroberer von Kreta gedenken der gefallenen Soldaten und erklären damit die Täter zu Opfern.

Die Eroberung Kretas im Mai 1941, "Unternehmen Merkur" genannt, war die erste Invasion aus der Luft in der Kriegsgeschichte und ist bis heute die Grundlage zahlreicher Legenden. Das deutsche Terrorregime auf Kreta wird immer noch heroisch verklärt. In den aktuellen Zeitungen der Fallschirmjäger werden Gruppenreisen an die Tatorte nach Kreta angeboten; auch Wehrmachtvideos und CD's mit Fallschirmjäger-Liedern werden dort offen zum Verkauf präsentiert. Das Regime der Wehrmacht auf Kreta war barbarisch. Tausende wurden bei sogenannten "Sühnemaßnahmen" hingerichtet und unzählige Häuser und Ortschaften geplündert und zerstört. Die Juden, die auf Kreta lebten, wurden zum größten Teil deportiert.

Der Schriftstller Nikos Kazantzakis berichte über das Dorf Alikianos: *"Am 2. Juni exekutuierten sie auf dem Kirchhof 42 Männer, vor den Augen ihrer zum Zuschauen gezwungenen Frauen, als Sühnemaßnahme für die während des Angriffs getöteten Fallschirmjäger. Die Totgeweihten mußten mit eigener Hand ihre Gräber ausheben. Nachdem die Deutschen ihr Geld, ihre Ringe und Uhren abgenommen hatten, erschossen sie sie in Zehnergruppen und warfen ihnen jeweils - anstelle von Gnadenschüssen - noch eine Handgranate hinterher. Viele sind lebendig begraben worden. Augenzeugen berichten, daß sich die auf die Erschossenen geworfene Erde noch von den Todeszuckungen der so begrabenen bewegte."*(zitiert nach Zeitpunkte 3/1995)

"Klein unser Häuflein, wild unser Blut"

Der evangelische Militärpfarrer der Saarlandbrigade dagegen rechtfertigt noch 1995 in einem Fernsehinterview die Erschießungen

ziviler Geiseln auf Kreta durch Angehörige der deutschen Wehrmacht.

In der Koblenzer Kaserne der Saarlandbrigade befahl im August1994 ein Kommandeur seinen Fallschirmjägern das Lied "Hinter den Bergen" zu singen. Darin heißt es: *"Hoch aus den Lüften stürzen wir nieder, tief in die feindlichen Reih'n. / Gegner wir kommen, hast du's vernommen, bald wirst geschlagen du sein. / Fallschirmjäger gehen ran an den Feind. Narvik, Rotterdam, Korinth, Kreta und Cassino sind /Stätten uns'rer Siege."* Wie selbst der letzte Bericht des ehemaligen Wehrbeauftragten Alfred Biehle (CSU) vom März'95 zeigt, kein Einzelfall.

Doch damit nicht genug : In der offiziellen Werbebroschüre der Saarlandbrigade wird mit einem anderen Nazi-Lied geworben. Mit dem Lied der Fallschirmjäger "Rot scheint die Sonne" von Willy Lachner. Offiziell dürfen nur noch zwei der drei Strophen gesungen werden, jedoch stört der Abdruck auch der dritten Strophe bei der Bundeswehr niemanden: *"Klein unsere Häuflein, wild unser Blut./ Wir fürchten den Feind nicht und auch nicht den Tod./ Wir wissen nur eins, wenn Deutschland in Not,/ zu kämpfen, zu siegen, zu sterben den Tod./An die Gewehre, an die Gewehre!/ Kamerad, da gibt es kein zurück."*



Auf den Schwingen des Saarlandadlers...

Die netten Jungs von nebenan

Vor Ort präsentieren sich die Militärs gern als Teil des kulturellen Lebens und als die netten Jungs von nebenan. Pfadfindern gleich helfen sie bei der Gestaltung von Festen und kämpfen gegen Hochwasser. Und diese Form der Selbstdarstellung, verbunden mit Aussagen über die wirtschaftliche Bedeutung in strukturschwachen Regionen, wird von der Mehrzahl der Bevölkerung und allen Parteien getragen. Die "Saarbrücker Zeitung" wird ihrer Monopolstellung gerecht und ist mit ihrer Hofberichterstattung ein Teil der Selbstinszenierung der Militärs.



"Beutestücke" vom Somalia-Einsatz der Saarlandbrigade
Fotos: Bildarchiv Aktion 3. Welt Saar

Der TV-Film "Friedensengel" von Kaos Filmteam, Köln und Querblick, Konstanz entlarvt diese Selbstdarstellung. Nach der bundesweiten Ausstrahlung des Films von Kanal 4 über die Frequenzen von RTL provozierte die erste öffentliche Vorführung an einem der Brigadestandorte einen Skandal. Während die SPD sich mit der Saarlandbrigade solidarisiert und sie zu öffentlichen Gelöbnissen auffordert, greift die saarländische CDU-Landtagsfraktion in einer gemeinsamen Stellungnahme mit der Saarlandbrigade zum Mittel der politischen Lüge. Das NS-Lied "Rot scheint die Sonne" wird zum Volkslied erklärt und die letzten Manöver in Kurdistan und der Türkei wurden rückwirkend aus dem Kalender gestrichen. Ein Berufssoldat der Saarlandbrigade wirft der AKTION 3.WELT Saar in einem Leserbrief vor, von der PKK finanziert zu werden und als deren Marionette zu fungieren.

Es bleibt, daß trotz zahlreicher nervöser Ausbrüche die Kritik an der Saarlandbrigade nicht widerlegt wurde.

Militärstiefel für die Opfer

Für den 9. November 1995, 57 Jahre nach der Reichsprogromnacht, hat das Fallschirmjägerbataillon 261 Lebach ein öffentliches Gelöbnis in der Stadt Wadern angekündigt. *"Die Feier nicht innerhalb von Kasernen, sondern bürgernah durchzuführen, geht auf die Initiative des Ortsrates des Stadtteils Gehweiler zurück. (...) Bevor am Donnerstag, 9.November, gegen Abend das feierliche Gelöbnis erfolgt, bieten die Soldaten tagsüber Rundflüge im Hubschrauber, Freifallvorführungen sowie eine Waffen- und Geräteschau an."* (Saarbrücker Zeitung, 14.2.95). Dagegen regt sich in der Region Widerstand.

Die Autorin ist Mitarbeiterin der AKTION 3.WELT Saar und des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen)

Deckert droht

Aus Anlaß des 8. Mai sah sich der NPD-Vorsitzende **Günter Deckert** veranlaßt, den Präsidenten Polens und Tschechiens, Walesa und Havel, zu schreiben. Im Namen der NPD erklärt er ihnen, „sie sollten wissen, daß das nationale Deutschland, für das ich (Günter Deckert) die Ehre habe, stellvertretend zu sprechen, Sie nie aus der Verantwortung entlassen wird, nie verzichten wird. Ihre Rechnung wird immer größer." Getreu dem revisionistischen Glaubensbekenntnis, demzufolge nicht das Deutsche Reich unter Hitler den Zweiten Weltkrieg entfacht hat, sondern die östlichen Nachbarn Polen und die Tschechoslowakei, fordert er die Präsidenten ultimativ auf, sich im Namen ihrer Völker zu „- entschuldigen, - deutlich (zu) machen, daß das geraubte Land und der geraubte Besitz zurückgegeben wird, - Sie bereit sind, Wiedergutmachung zu leisten". Zwar wäre Deutschland z. Z. nicht in der Lage, entsprechende Forderungen gewaltsam durchzusetzen, doch die Herren wären auf alle Fälle gewarnt. „Sie wurden jedenfalls auf den Sachverhalt aus unserer Sicht aufmerksam gemacht." Sind bei Deckert einfach die Lampen durchgeknallt, als er den Brief schrieb? Oder drückt er nur drastischer aus, was die offizielle Politik unterschwellig fordert: Deutschland in den Grenzen von 1939. (alle Zitate aus der Revisionistenzeitung „Recht und Wahrheit, 7-8/95).

NPD in Sachsen

Die Wahl auf dem 5.ordentlichen NPD-Landesparteitag in Sachsen ergab folgenden Vorstand: Zum Landesvorsitzenden wiedergewählt wurde **Torsten Keil** (Rochlitz), stellvertretende Landesvorsitzende wurden **Jürgen Schön** (Leipzig), **Peter Söffner** (Leipzig), **Matthias Hahn** (Dresden) und **Ralf Meyer** (Annaberg). An dem Parteitag nahm nebem dem NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** auch der Landesvorsitzende der thüringischen NPD, **Frank Golkowski**, teil.

Thule-Mythos

An der Aufrechterhaltung vom Thule-Mythos wirkt der vom bayerischen Vilsbiburg ins thüringische Engerda übergesiedelte Arun-Verlag aktiv mit. Nach der Veröffentlichung des Buches „Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo" („Thule war das Reich einer Rasse, die von den Göttern abstammte.") vor nunmehr 4 Jahren, hat der Verlag von **Stefan Ulbrich**, einst Aktivist der „Wiking-Jugend" und zeitweilig Redakteur der „Jungen Freiheit", in sein neuestes Angebot eine „Thule-Watch" aufgenommen. Auf dem Zifferblatt findet sich das Symbol der Schwarzen Sonne, das auch auf dem Fußboden der Wewelsburg, einer ehemaligen SS-Ordensburg in der Nähe von Paderborn, prangt. Der jüngste Arun-Verlagsprospekt lag u.a. der Sommerausgabe der Monatszeitschrift „Nation+Europa" bei.

Michael Steiner

CODE wandelt sich zum Sprachrohr der amerikanischen LaRouche-Sekte

Seit der Augustausgabe nennt sich CODE jetzt nur noch „Das andere deutsche Nachrichtenmagazin“. Ab September soll es wieder im Zeitschriftenhandel vertrieben werden. Damit scheint die Umwandlung des Revisionistenblattes CODE zum Sprachrohr der „unbewiesenen Phantasien der LaRouche-Sekte“ (PHI Nachrichten 26/95) beendet zu sein.

Im Mai 1994 veröffentlichte CODE einen längeren Artikel von **Walter Leisler-Kiep** und eine Anzeige der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Gleichzeitig wurde das hohe Lied auf den Segen der High-Tech-Industrie gesungen. Atomenergie wird als „Die weibliche Technik“ angepriesenen, die der Menschheit die Tür zu einer gewaltigen Energiequelle geöffnet hätte. Der neue Kurs von CODE, das zeigten einige veröffentlichte Leserbriefe, stieß anscheinend nicht auf starke Gegenliebe. Mit der Nr. 10/94 verschwand die Leserbriefseite ohne jegliche Kommentierung. Dafür enthielt die Ausgabe noch die Namen der „Internationalen Redaktion“ von CODE und den Hinweis der Zusammenarbeit mit den Zeitschriften „The Spotlight“ und „New American View“. Der Geschichtsrevisionismus nahm bis dahin einen breiten Raum in CODE ein.

Mit der Nr. 12/94 verschwand die Internationale Redaktion und der Hinweis auf die redaktionelle Zusammenarbeit mit den genannten Zeitschriften aus dem Impressum. Die bis dahin übliche namentliche Kennzeichnung von Artikeln wurde aufgegeben.

Die Januarausgabe 1995 bestand zur Hälfte aus verschwörungstheoretischen Artikeln über das englische Königshaus. Zwei der Artikel waren mit dem Namen des Autors gekennzeichnet: **Lynden H. LaRouche**. Seit dieser Zeit fehlen in CODE zwei Themengebiete, die früher einen breiten Raum einnahmen. Geschichtsrevisionistische Betrachtungen, es sei denn, es geht um „Machenschaften“ des englischen Königshaus, das inzwischen scheinbar für alle Übel dieser Welt verantwortlich ist. Und Artikel über die Rechte, insbesondere die deutsche Rechte. Stattdessen schreibt „der US-Politiker und ehemalige Präsidentschaftskandidat Lyndon LaRouche über die Finanzkrise der Welt: „Es geht um Sein oder Nichtsein“, so der Titel in 7/95.

Mit der Augustausgabe hat sich nicht nur Name und Titelblatt, sondern auch der Vertrieb der Zeitschrift geändert. Der wird nun durch die Firma „VPM Verlagsunion, Wiesbaden“ durchgeführt. Die PHI Nachrichten vermuten, daß für „die Wandlung ... die erheblichen Geldmittel ausschlaggebend gewesen sein könnten, über welche die LaRouche-Sekte verfügt.“

Da darf dann auch eine Anzeige des „Auktionshauses Dr. Schneider & Nachfolger“ nicht fehlen. Gegen „Dr. **Schneider**“ ermittelt inzwischen die Düsseldorfer Polizei wegen Betruges. Mann/Frau schickt 10,- DM an die Firma für eine Liste billig zu erwerbender Markenartikel und erhält dafür: Nichts. Da hat CODE, pardon „Das andere deutsche Nachrichtenmagazin“ ja einen passenden Anzeigenkunden gewonnen.

Jörg Hemmers

Staatliche Anti-Antifa und „Heß-Gedenkmärsche“

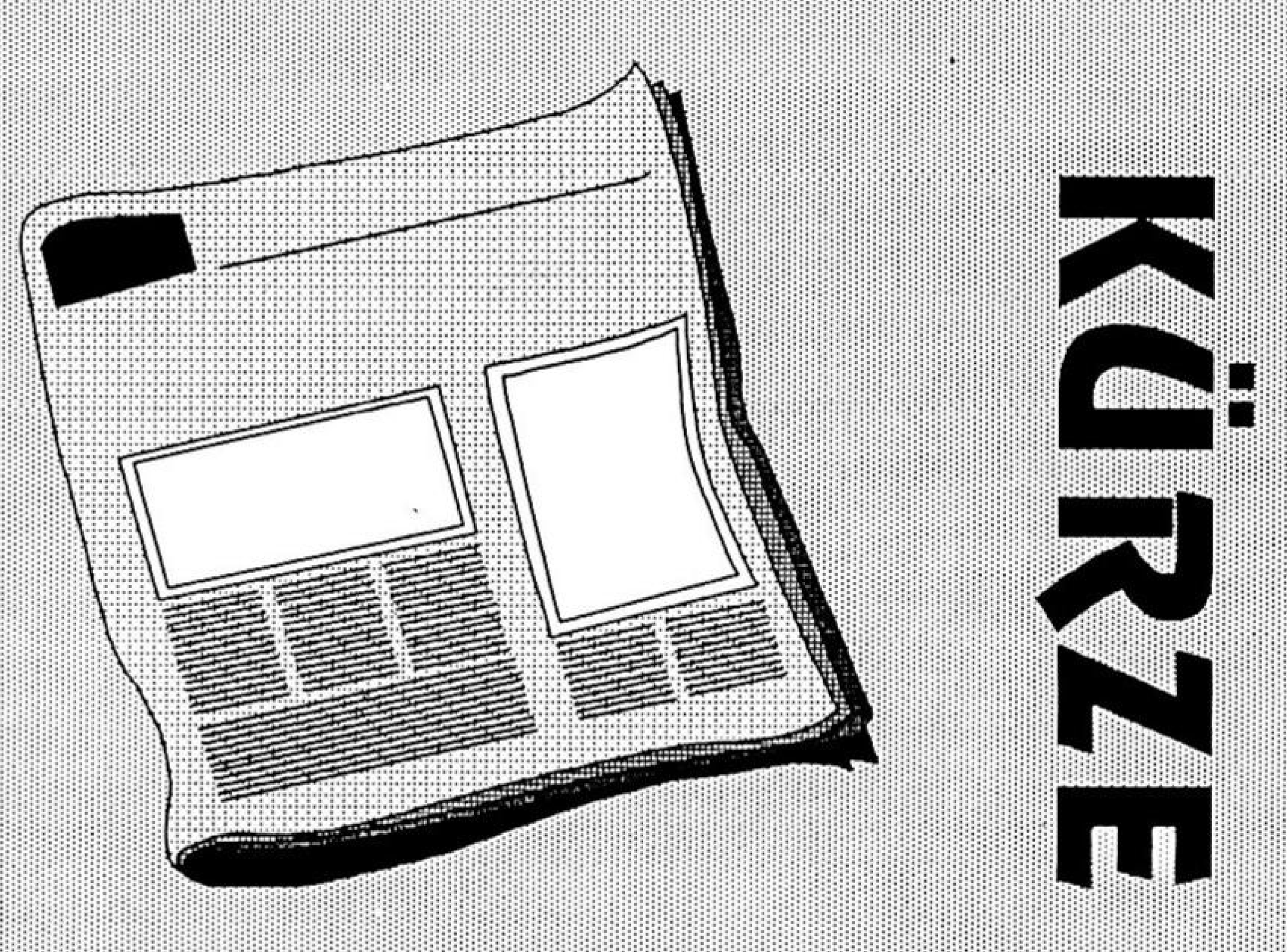
Während die Polizei am Wochenende vom 19./20. August in Niedersachsen mit über 1300 Beamten eine Zusammenkunft von ca. 60 PunkerInnen in Oldenburg im staatlichen Schach hielt, konnte sie einen Aufmarsch von ca. 200 Neo-Faschisten in Schneverdingen nicht verhindern. Das großangelegte Manöver in Oldenburg war nicht nur auf Punks beschränkt, sondern richtete sich auch gegen AntifaschistInnen. So wurde Antifaschisten, die sich Sorge um einen möglichen Polizeiüberfall auf das „Aktions- und Kommunikationszentrum“ ALHAMBRA machten von SEK-Beamten aus Braunschweig deutlich gemacht, daß die Polizisten die Staatsmacht seien und daß sie in verschiedenen Städten der Bundesrepublik einen „Platzverweis“ hätten. Als Städte wurden neben Erfurt noch weitere mögliche Treffpunkte von Neo-Faschisten benannt. Die von dieser staatlichen Repression betroffenen Antifaschisten hatten gar nicht die Absicht, in die „Aufmarschstädte“ der Neo-Faschisten zu reisen. Sie interessieren sich nun, welche Größenordnung die Anti-Antifa-Liste der Polizei hat und wer noch in den „Genuß“ kam, auf so eine Liste geführt zu werden. Die Antifaschisten aus Oldenburg waren in den letzten Jahren als Beobachter der Faschisten-Aufmärsche unterwegs. In einem Fall mag die Präsenz eines PKWs für die Erfassung in der Liste ausgereicht haben.

Ähnliche Platzverweis-Listen für Neo-Faschisten scheint es nicht zu geben, da es an verschiedenen Orten zu kleineren und größeren Heß-Aufmärschen kam, ohne daß präventiv Platzverweise ausgesprochen wurden. In Schneverdingen erfreuten sich die Neo-Faschisten der Begleitung durch den Verfassungsschutz, der dafür sorgte, daß der „Aufmarsch“ von der Öffentlichkeit unentdeckt bleiben konnte.

Nazi-Computerfreaks

Das weltumspannende Datennetz INTERNET wird zunehmend von rechtsextremen Gruppen in den USA zur Verbreitung von antisemitischem und rassistischem Gedankengut genutzt, das in nahezu allen Ländern der Welt kostenlos abrufbar ist; so u.a. von antisemitischen Organisationen und Buchverlagen wie „Stormfront“ und „National Alliance“ sowie „Liberty Bell Publications“ und „Noontide Press“. Angeboten werden u.a. die „Protokolle der Weisen von Zion“ ebenso wie das Buch „Der internationale Jude“ von **Henry Ford**. Lektüre zum Themenbereich Holocaust aus neonazistischer Sicht wird vom „Institute for Historical Review“ oder den Postillen „The Barnes Review“ sowie „Remarks Magazine“ angepriesen. Ebenso können über diese Adressen einschlägige Machwerke von **Arthur Butz, Fred Leuchter, Walter N. Sanning, Robert Faurisson, Ingrid Wekkert, Wilhelm Staglich, Henri Roque, Paul Rassinier, Thies Christophersen** und **Udo Walendy** bestellt werden. Geworben wird in INTERNET auch für die „patriotische“ Bewegung und deren Zeitungen/Zeitschriften in Nordamerika, darunter: „Truth At Last“, „The Spotlight“, „Instauration“, „National Assoc.for the Advancement of White People (NAAWP)“, „Noontide Press“, „American Renaissance“, „America First Party“, Populist Party of Bo Gritz“ sowie die „Southern Nationalist Party“. Neben den Anschriften von rechtsextremen „christlichen“ Gruppierungen wie von der „Christian Defense League“, „Christian Identity Movement“ und „Aryan Nations“ finden sich die regionalen Kontaktadressen der KNIGHTS of the KU KLUX KLAN“ (KKKK). Fein säuberlich sind auch neonationalsozialistische Organisationen wie „White Aryan Resistance“, NSDAP/AO, „Revolutionary Nationalist“ und die NSWAP („NS White American Party“) aufgelistet. Per E-mail kann Kontakt zu Gruppen und Organisationen wie „Aryan News Agency“, „Young Americans for Freedom“, „National Forum on Family Security“ und „National Rifle Association“ aufgenommen werden. Anschriften von arischen und heidnischen Folkloregrüppchen sind auch vertreten: „Asatru Alliance of Independent Kindreds“, „Asatru Folk Assembly“. Besonders umfangreich ist die Adressenliste von „Milizen“ wie „Alabama Militia“, „San Diego Militia“, „Guardians of American Liberty“, „Michigan Militia Corps“ und „Texas Const'l. Militia“. Aufgelistet werden von rechtsextremen Computerfreaks auch die Postfachadressen von einschlägigen Musik-Labels in den USA wie „Resistance“ und „Blood & Honour“, sowie von Musik-Labels in Europa: „DIM RECORDS“ „ROCK-O-RAMA RECORDS“ (beide: BRD), REBELLES EUROPEENS (F), „UNITED FORCES“ (GB), „TUONO RECORDS“ (I), „ONE VOICE“, „B.P.N.“ (beide: F) und „RAGNAROCK RECORDS“ (Schweden).

RECHTS IN KÜRZE



Scientologie

Mit Hilfe einer von der „Scientology Kirche" herausgegebenen Schrift „Freiheit. Journalismus im Interesse der Öffentlichkeit" betreibt die „Scientology Kirche" derzeit eine neue publizistische Offensive in der Bundesrepublik. Auffällig ist, daß die „Church of Scientology" mit Sitz in Los Angeles als Herausgeberin im Impressum angegeben wird. Die Auflage der Hochglanz-"Freiheit" liegt nach Eigenangabe bei einer Million Exemplaren. In der Zeitschrift „Freiheit" wird versucht, das negative Image von „Scientology" zu korrigieren. So werden Parallelen zwischen der Judenverfolgung 1933 durch das NS-Regime und der heutigen Kritik an „Scientology" konstruiert. „Heute heißt die Parole: 'Kauft nicht bei Scientologen'." Ziel ist es auch, die derzeit in Frage gestellte Rechtsform einer Kirche beibehalten zu können. „Während der letzten 17 Jahre", so die Schrift, „haben deutsche Gerichte ausnahmslos bestätigt, daß Scientology eine Religion ist". Die renommierte Wochenzeitung „Die Zeit" formulierte hingegen prägnant: „Ein Konzern, keine Kirche." Kritikern gilt Scientology bestenfalls als Sekte. Die erste „Scientology Kirche" in der Bundesrepublik Deutschland wurde im Oktober 1970 in München gegründet. Derzeit bestehen sieben Kirchen in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins sowie „Missionen" in Bremen, Dresden, Göppingen, Heilbronn, Mannheim, Münster, Nürnberg, Ulm, Wiesbaden und München.

FAP-Nazi festgenommen

Der Berliner Neonazi **Lars Burmeister** (26) wurde am 15. August in der Nähe der norwegischen Hauptstadt Oslo verhaftet. Burmeister, ehemaliger Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), wird in der Bundesrepublik seit 1992 per Haftbefehl gesucht. Die Polizei in der Bundesrepublik wirft Burmeister vor, an einem Überfall beteiligt gewesen zu sein. Eines der drei Opfer im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg ist in Folge des Vorfalls erblindet.

Europa vorn Spezial

Von „Europa vorn Spezial" erschien im Sommer die neunte Ausgabe. Autoren der aktuellen „Spezial"-Ausgabe von „Europa vorn" (EV) sind u.a. **Hans Rustemeyer** - er durchlief im Laufe der Jahrzehnte die „Deutsche Reichspartei" (DRP), die DVU, die NPD und die REP - und **Wolfgang Strauss**. Als EV-Interviewpartner standen dem Kölner Rechtsextremisten **Manfred Rouhs Franz Schönhuber, René Heizer** und **Anatolij Iwanow**, „Publizist und Historiker der Neuen Rechten Rußlands", zur Verfügung. Der 71jährige ehemalige REP-Bundesvorsitzende Schönhuber sieht als wesentliche Ursache für die derzeitige Erfolglosigkeit rechtsextremer Wahlparteien in der Bundesrepublik den „Verfassungsschutz und die von ihm geschwungene Faschismuskeule." Außerdem wurde in der Bundesrepublik, so Schönhuber, die „Umerziehungsgleichung: Rechts = Faschismus zur verbindlichen Formel erklärt. Die Rechten wurden somit in die politische Todeszone deportiert." Schönhuber, Reisender in Sachen Rechtsextremismus, sieht in den gegenwärtigen „Runden Tischen" von REP, NPD, DVU, DLVH eine „gute Sache". Denn „der Abgrenzungsvirus hat alle geschwächt." Gegenüber „Europa vorn" schließt Schönhuber ein Comeback im Amt des Bundesvorsitzenden zwar aus, „aber einer verantwortungsbewußten Unterstützung würde ich mich nicht entziehen." Der seit Dezember 1994 amtierende Bundesvorsitzende Dr. **Rolf Schlierer** (40) hat sein Verbleiben im Amt vom Ausgang der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 24. März 1996 abhängig gemacht. Bei einem entsprechend schlechten Abschneiden werde er gegebenenfalls nicht mehr für den Bundesvorsitz kandidieren, hatte Schlierer Ende Juli in Stuttgart angekündigt. Die „Republikaner" werden in allen 70 Wahlkreisen in Baden-Württemberg zur Wahl für das Stuttgarter Landesparlament antreten. Der Stuttgarter REP-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende **Christian Käs** (34) mußte dabei auf einen der beiden Mannheimer Wahlkreise ausweichen, nachdem er im heimischen Stuttgart nicht nominiert worden war. Infas, das Institut für angewandte Sozialwissenschaft, hatte bei einer Anfang Juli veröffentlichten repräsentativen Umfrage ein Ergebnis von rund 4 Prozent für die „Republikaner" prognostiziert. Bei der letzten Landtagswahl am 5. April 1992 erzielten die REP 10,9 Prozent der Stimmen.

René Heizer (44), „der in die Jahre gekommene **Ingo Halberstadt** aus Lippstadt" („Moderne Zeiten"), konnte in dem EV-Interview für seine zweite CD „Zeitreisen" werben. Heizer trat schon in den 70er Jahren für die „Jungen Naionaldemokraten" (JN) auf, galt als „JN-Liedermacher NRW". Halberstadt alias Heizer war 14 Jahre lang für die JN und die NPD aktiv, ehe er 1980 die „Nationaldemokraten" verließ. Ende der 80er Jahre gehörte Heizer vorübergehend den REP an. Im vergangenen Jahr konnte Heizer nach eigener Aussage von 13 geplanten Auftritten nur acht absolvieren. Beispielsweise fiel sein Konzert im Rahmen des „1. Europäischen Kongreß der Jugend" der JN im bayerischen Klingenberg am 10. Dezember des vergangenen Jahres einem Polizeieinsatz zum Opfer. Würde der Staat, so Heizers Einschätzung, „nicht jede kleine Veranstaltung, von der er weiß, verbieten oder stürmen, hätten wir bald Großveranstaltungen mit weit über 1.000 Personen. Das gilt nicht nur für mich, sondern für die gesamte nonkonforme Musikszene."

Revisionismus

Der in den USA lebende Neonazi **Hans Schmidt** (68), Herausgeber des „USA-Reports", wurde Mitte August auf dem Frankfurter Flughafen verhaftet. Anlaß war ein gegen Schmidt ausgestellter Haftbefehl des Amtsgerichts Schwerin wegen Aufstachelung zum Rassenhaß. Schmidt hatte seinen revisionistischen „USA-Report" bzw. „USA-Bericht" auch an das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern verschickt. Der „USA-Report" leugne den Holocaust und benutze Ausdrücke wie „freimaurer- und judenverseucht". Schmidt lebt seit 46 Jahren in den USA. Er war auf dem Rückflug zu seinem Wohnort Pensacola in Florida gewesen. Der „USA-Bericht" erscheint im 3. Jahrgang monatlich und „wird nationalen Vereinigungen und Veröffentlichungen in Europa gratis zugesandt. Sein Zweck ist, Nachrichten aus den Vereinigten Staaten zu übermitteln, die von den Systemmedien nicht oder nur ungenügend behandelt werden. Es ist nicht in unserem Interesse, antinationale Kräfte aufzuklären."

DESG-inform

In der aktuellen Ausgabe des rechten Nachrichtenblättchens „DESG-inform" wird über verschiedene „Runde Tische der rechten Basis" berichtet. Das „Eisenacher Signal", der „Rheinische Appell" und eine „Frankfurter Grundsatzerklärung" werden in der Nummer 7 von „DESG-inform" dokumentiert. Nach einer konstituierenden Sitzung am 23./24. April wurde am 21. Mai die „Frankfurter Grundsatzerklärung" verabschiedet. Zu den Erstunterzeichnern gehören Prof.Dr. **Bernd Thomas Ramb**, stellvertretender Bundesvorsitzender des „Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen" (BFB), Prof. **Johannes von Campenhausen**, Bundesvorsitzender der „Deutschen Partei" (DP), **Rudolf Werner Andreas**, Generalsekretär der „Deutschen Sozialen Union" (DSU), **Markus Zehme**, ehemaliger REP-Funktionär und Redakteur der „Jungen Freiheit", **Helmut Kirchner**, Bundesvorstandsmitglied der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands", und **Achim Ockenfeld**, hessischer Landesvorsitzender der „Unabhängigen Ökologen". Vertreten sind auch die Landesverbände Hessen und Thüringen der „Statt-Partei".

Faschistische Morddrohungen gegen Linke

Das Mitglied des Oldenburger Stadtrates, der Vertreter der Oldenburger Linken Liste, Reinhold Kühnrich hat eine Morddrohung erhalten, die mit „Wiking-Jugend" unterzeichnet wurde. Der Text war auf die Rückseite eines Aufrufes zur Kleiderspende für den kurdischen Halbmond geschrieben. Reinhold Kühnrich war dort als Kontaktadresse angegeben. Der vermutlich ältere Nazi schrieb:
„Tod dem Künrich. Bald bist Du dran. Dein Haus von der GSG brennt bald. Schlagt die Kurden tot!! Munition 9mm ist da! Auch für Dich! Sieg Heil! Wiking-Jugend"
Das handschriftlich verfasste Schreiben war von Hakenkreuzen und SS-Runen eingerahmt.

Bereits im Juni dieses Jahres war in Oldenburg im Hauseingang einer Familie, deren Briefkasten ein Anti-Republikaner Aufkleber trug, eine kleinere Rohrbombe explodiert, die mit Pfennig-Stücken gefüllt war. Bevor die Bombe gelegt wurde, hatten Neo-Faschisten Aufkleber der „Jungen Nationaldemokraten" zum 8. Mai an den Briefkasten geklebt. Die Rohrbombe riß Mauerstükke aus der Tür. Die alarmierte Polizei empfahl den BewohnerInnen, den Antifa-Aufkleber schnellstens zu entfernen.

Scheinwerfer

Eberhard Hefendehl (64), Herausgeber der neonazistischen Monatspostille „Der Scheinwerfer" (10.Jahrgang), beklagt in der jüngsten Ausgabe (Nr.6), daß es kaum noch „Mitarbeiter" gibt, die seine Arbeit unterstützen: „Manchmal kommt es mir vor, als hätte ich die Zugehörigkeit zu dieser Welt verloren und lebte auf einem fremden Planeten." In der Redaktion der antisemitischen Postille (Auflage: rund 7.000 Exemplare) sind noch folgende Mitglieder vertreten: **Hans von Schnevoigt, Hansi Raschke, Astrid Witmer, Otto Braun, Siegfried Neubacher, Werner Witte** und **Erhard Kemper** (=**"Germanicus"**). Außer in der BRD und Österreich wird der „Scheinwerfer" nach Angaben von Hefendehl, der vom Mai 1947 bis März 1950 als „politischer Häftling" im Zuchthaus Sachsenhausen einsaß, in folgenden Ländern gelesen: Schweiz, Belgien, Niederlande, Dänemark, Südafrika, Namibia, USA, Kanada, Australien und Chile. In der bundesdeutschen Rechtsextremismus-Szene ist Hefendehl kein Unbekannter. So war er beispielsweise zugegen, als am Abend des 24.Juli 1976 die WDR-Journalisten Rolf Bringmann und Dirk Gerhard in Anschau in der Eifel Aufnahmen für einen Bericht des Nachrichtenmagazins „Monitor" über ein Sommerlager der „Wiking-Jugend" machen wollten. Kurzerhand wurde von den Wikingern das Auto völlig demoliert. Bei Hefendehls „Odal-Druck-u.Verlag"-Komplexes wurde auch die Anti-Antifa-Postille „Der Einblick gedruckt.

Noie Werte

Michael Wendland (25) wurde jüngst aus der "Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) unter Vorsitz von **Karl-Heinz Reed** ausgeschlossen. Anlaß des Ausschlußverfahrens aus der AUD war das vielfältige Engagement Wendlands in der braunen Szene. So ist Wendland Vorsitzender der 1990 gegründeten neonazistischen Kleinstorganisation "Deutsche Sozialistische Aktionsgemeinschaft e.V." (DSA) mit Sitz in Leonberg (Kreis Böblingen). Seit 1990 erscheint der "Freiheitliche Kampfruf" als "Kampfschrift" der DSA. Als Herausgeber fungiert Wendland, als Verantwortlicher **Sascha Bossinger.** Außerdem war Wendland kommissarischer Vorsitzender der "Freiheitlich-Sozialistischen Deutschen Volkspartei" (FSDVP). Wendland folgte **Frank Schempp** aus dem nahen Weissach im Amt des FSDVP-Vorsitzenden. Schempp hatte Wendland als Mitglied für die AUD geworben. Sascha Bossinger, DSA-Aktivist, sollte "in die AUD eingeschleust werden", so der Vorwurf des Vorstandes der AUD an Wendland.

Seit November 1992 musiziert Wendland bei der 1987 ins Leben gerufenen Nazi-Band "Noie Werte", die wiederholt im Rahmen von Veranstaltungen der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) spielte. Von der Stuttgarter Landesregierung wird "Noie Werte" als "die in Baden-Württemberg bedeutenste rechtsextremistische Gruppe eingeschätzt". Weiter heißt es in einer kleinen Anfrage über "Noie Werte": "Sie nimmt für Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle in der 'Szene' für die 'White-Power-Bewegung' ein." Wendland unterhielt Kontakte zu den "Kreuzrittern für Deutschland", einem Sammlungsversuch der Skinhead-Szene im Großraum Stuttgart. Zudem ist Wendland JN-Landesvorsitzender in Baden-Würtemberg und stellvertretender Landesvorsitzender der NPD. In der Begründung des Ausschlusses heißt es dazu: "Michael Wendland hat fortgesetzt in einem Zeitraum von vielen Jahren durch seine Tätigkeit für die DSA und durch sein gemeinsames Auftreten mit der stiefelrechten Glatzengruppe 'Noie Werte' gegen die Ziele der AUD verstoßen."

REP-Mitglied nutzt Polizeicomputer

Gegen den 32jährigen Polizeiobermeister **Winfried Korth** läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Verrat von Dienstgeheimnissen. Korth, seit Jahresfrist Kreisvorsitzender der Mannheimer "Republikaner", soll den Polizeicomputer mißbräuchlich benutzt haben. So soll Korth, der seit dem Landesparteitag der baden-württembergischen REP am 13./14.Mai 1995 dem Landesvorstand angehört, Interessenten der Partei mit Hilfe des Polizeicomputers, in dem alle im Bundesgebiet laufenden Ermittlungen und Verurteilungen gespeichert sind, auf Vorstrafen hin überprüft haben. Da die Anfragen an den Polizeicomputer festgehalten werden, wurden entsprechende Aktivitäten Korths registriert. Nun muß geklärt wertden, inwieweit diese Anfragen rein dienstlicher Natur waren. Sollte Gemeinderatsmitglied Korth Anfragen für die "Republikaner" getätigt haben, hätte dies dienst- und strafrechtliche (§ 353b StGb) Konsequenzen. Korth wies die Vorwürde der Staatsanwaltschaft als "unwahr und völlig haltlos" zurück. Zwar sei ein ehemaliger Kreisvorsitzender der REP an Korth mit diesem Ansinnen herangetreten, doch habe er sich dieser Bitte verweigert. Die Manheimer "Republikaner" werden seit geraumer Zeit durch interne Querelen erschüttert, in deren Folge der ehemalige Kreisvorsitzende und Stadtrat **Alfred Reichwein** (70) die rechtsextremistische Partei verlassen hatte. Dessen Ansinnen, sich der CDU-Fraktion anzuschließen, wurde von der CDU erst nach längerer Bedenkzeit abgelehnt. Taktische Gründe waren für die Überlegungen der Mannheimer CDU ausschlaggebend. Neuer Kreisvorsitzender der Union in der Quadratestadt Mannheim möchte der Bundestagsabgeordnete und Stadtrat Prof.Dr. **Egon Jüttner** (53) werden. Hinterbänkler und Berufsvertriebener Jüttner fiel im April durch seine Unterschrift unter den Appell "8.Mai 1945 - Gegen das vergessen" auf.

Hetendorf Nr. 13

Am 13. August fand der erste antifaschistische Sonntagsspaziergang gegen das faschistische Zentrum in Hetendorf statt. Ca. 120 Personen, hauptsächlich aus autonome AntifaschistInnen aber auch interessierte BürgerInnen aus Hermannsburg nahmen daran teil. Die Pressenz von Antifaschistinnen und Antifaschisten in Hetendorf und Umgebung ist nach Meinung der Initiative gegen Hetendorf 13 sinnvoll und notwendig um den Nazis ihre Sicherheit zu nehmen. Sie sollen nicht mehr nach belieben und unbeobachtet schalten und walten können.

Der Sonntagsspaziergang führte einmal um das Gelände der Faschisten. Direkt vor dem Eingang wurde ein Redebeitrag gehalten, in dem u.a. das Verhalten der politisch und behördlich Verantwortlichen kritisiert wurde. So wurde ein Mitarbeiter des niedersächsischen Innenministeriums zitiert, der folgendes sagte: "Wir wissen um die regionale Verwobenheit rechtslastiger Kreise mit staatlichen Institutionen." Auch die Berichterstattung der örtlichen Presse wurde kritisiert, die sich gegen Veröffentlichungen antifaschistischer Positionen sperrt, aber sich nicht scheute, einen Vergleich der mittlerweile verbotenen "Wiking-Jugend" mit den Pfadfindern abzudrucken. Im Verlaufe des Spaziergangs wurde direkt vor dem Nazizentrum mit weißer Farbe die Parole *Weg mit dem Nazizentrum* auf die Straße gemalt.

Danach wurde der Spaziergang in Hermannsburg fortgesetzt. Hier wurden Flugblätter verteilt und eine kurze Kundgebung abgehalten. Diese Kundgebung mitten auf einer Straßenkreuzung, die den Verkehr für kurze Zeit behinderte, war für das nette Touristenörtchen Hermannsburg sicherlich ein ungewohntes Bild.

Am 1. Oktober (Erntedanktag) findet der zweite antifaschistische Sonntagsspaziergang in Hetendorf statt. Treffpunkt ist um 14.00 Uhr in Bonstorf (Ortsmitte). Wenn ihr weitere Fragen zu Hetendorf 13 oder zu den Gegenaktionen habt, wendet euch bitte an: Initiative gegen Hetendorf 13, c/o Infoladen, Kornstraße 28/30, 30167 Hannover, Fax: 0511/ 1616711

Archiv-Nachrichten

Als Soli-Broschüre zur Deckung der Prozeßkosten von AntifaschistInnen versteht sich die April-Ausgabe der "Archiv-Nachrichten" aus Coburg. Enthalten sind neben "Notizen aus der Provinz" u.a. eine Dokumentation der rechtsextremen Karriere des **Peter Dehoust**, eine Beschreibung der "Gesellschaft für freie Publizistik" und des "Deutschen Kulturwekes europäischen Gestes.

Die Broschüre (44Seiten) ist für DM 5,- erhältlich bei der Gruppe Archiv, Postfach 2704, 96416 Coburg

Neofaschismus in Lüneburg

Die erste Broschüre in einer auf vier Ausgaben konzipierten Reihe zum Thema "Neofaschismus in Lüneburg" ist jetzt vorgelegt worden und widmet sich dem örtlichen Kreiverband der "Republikaner". Weitere Publikationen u.a. zur NPD, die in Lüneburg ihr Landesbüro unterhält, zur Tätigkeit anderer faschistischer Gruppen und zu Rechtstendenzen innerhalb der "politischen Mitte" sind in Planung. Herausgeber dieser Reihe sind die Asten von Universität und Fachhochschule, die GEW, die Geschichtswerkstatt und die VVN-BdA, von der das Projekt inhaltlich hauptsächlich realisiert wurde.

Die Broschüre (52 Seiten) kann durch Überweisung von DM 7,- auf das Konto der VVN-BdA Lüneburg, M. Braucks, Konto-Nr. 50261668, Sparkasse Lüneburg, BLZ 24050110, Kennwort : "Neofa1"

Potsdamer Abkommen

Der Wortlaut des Potsdamer Abkommens ist in einer Broschüre von der VVN- Bund der AntifaschistInnen Niedersachsen veöffentlicht worden. In einer kommentierenden Erläuterung nimmt der VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Schneider Stellung "Zur Aktualität des Potsdamer Abommens".

Die 26-seitige Broschüre kostet DM 4,- (inkl. Porto) in Briefmarken/Scheck; ab 20 Stück DM 2,- (ohne Porto) und kann bestellt werden bei der VVN-BdA Niedersachsen, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

In Grenzen verstrickt

Neu erschienen ist beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung das von Rudolf Leiprecht herausgegeben Buch "In Grenzen verstrickt". Vorgelegt werden die Ergebnisse und Analysen vergleichender Jugenforschung, die aus dem Projekt "Internationales Lernen" hervorgegangen sind. An dem Projekt beteiligt sind SozialwissenschaftlerInnen aus Lettland, Kroatien, Deutschland, Griechenland, den Niederlanden.

Das Buch (330 Seiten) ist für DM 39,80 erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstr. 51, 47051 Duisburg.

Neofaschismus-Ausstellung

Neu überarbeitet wurde die Ausstellung "Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland" in Zusammenarbeit der VVN-Bund der AntifaschistInnen und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg. Die aus 24 Tafeln bestehende Ausstellung soll zum 1. September 1995 vorliegen. Inhaltlich beschäftigt sich die Ausstellung mit den politisch-ideologischen Hauptkriterien des Neofaschismus und seinen wichtigsten Erscheinungsformen. Ebenfalls thematisiert werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen sich der Neofaschismus entwickeln konnte, und die antifaschistische Gegenwehr.

Die Ausstellung ist in den Formaten DIN A 1 (DM 250,-), DIN A 3 (DM 90,-) und als DIN A 4-Katalog mit Vorwort und Literaturverzeichnis (DM 12,-) zu erstehen. Bei Vorbestellung bis zum 30.9. 1995 verringern sich die Preise für die Großformate auf DM 200,- bzw. DM 80,-.

Bestellung über: Curio-Verlag, Rothenbaumchaussee 19a, 20148 Hamburg, Tel. 040-4106886, Fax 040-440877

43 Group

Während Europa nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus den Kriegsalltag hinter sich läßt ist die Situation in England eine andere. Die Kämpfe britischer Truppen gegen jüdische Einwanderer in Palästina bietet der Partei des Oswald Mosley die Möglichkeit, erfolgreich Werbekampagnen für den Faschismus durchzuführen und Terror gegen Andersdenkende auszuüben.

Das führt zur Gründung der 43 Group, die vor allem aus jüdischen Kriegsveteranen besteht. Da das englische Versammlungsrecht, Demagogen optimale Möglichkeiten bietet und die Parlamentarier der etablierten Parteien sich weigern die Gesetze zu ändern, wird eine eigene Strategie notwendig.

Beckmann beschreibt, wie eine Arbeitsstruktur entwickelt wird, die gleichzeitig inhaltliche Aufklärung und effektive Gegenwehr leistet. Dabei kommt es zu einer hohen Fluktuation, die aus den Arbeitsbedingungen heraus nötig ist, z.B. um „U-Boote" bei den Nazis zu schützen. Die Organisation arbeitet erfolgreich, bis die MoseyanhängerInnenschaft auf marginale Größe geschrumpft ist.

Das Buch ist ebenso unterhaltend wie informativ.

Die 43 Group. Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946 - 1950, Harald Kater Verlag Berlin 1995, 25.00 DM

Im gleichen Verlag wieder aufgelegt:
„Der Leidensweg Erich Mühsams", Kreszentia Mühsam: 12,80 DM
„Das (Warschauer) Ghetto kämpft", Marek Edelman:14,80 DM